

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Sparkasse
NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Bostgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

Seite

<i>Artur Thomsen</i> Ernst Beier, 1.10. 1901 - 17.1.1996	3
<i>Lars N. Henningsen</i> Dänische und deutsche Kirche im Grenzland seit 1920.....	5
<i>Johan Peter Noack</i> Als die Grenze „fest lag“ - der Grenzstreit nach dem Zweiten Weltkrieg.....	20

Umschau ab Seite 34

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Sehartl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg
Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Ernst Beier, 1.10.1901 - 17.1.1996

von *ARTUR THOMSEN*

Ein langes Leben ist still zuende gegangen, und es war ein Leben für den Frieden, für die soziale Gerechtigkeit und für die Verständigung zwischen den Völkern. So steht es über der Traueranzeige der Familie, und es setzt ein Zeichen dafür, daß das Leben Ernst Beiers mehr war als Lernen und Arbeiten, als Ringen um die eigene Existenz und Sorge um die eigene Familie. Dabei hätte dieses unter den Bedingungen seines Lebens in diesem Jahrhundert genug sein können. Es war schwer genug.

Den ersten großen Bruch in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts erlebte Ernst Beier als ganz junger Mann: das Ende des Kaiserreichs, den November 1918 und den Beginn der Weimarer Demokratie. Als gelernter Schriftsetzer waren gewerkschaftliche Aktivitäten für ihn selbstverständlich. Noch in den 60er Jahren war er Kreisvorsitzender seiner Gewerkschaft in Flensburg. Da habe ich ihn kennengelernt. Er trat auch ganz früh in die Sozialdemokratische Partei ein, 1921 schon, und nach dem Zweiten Weltkrieg gleich wieder. Als 80jähriger erhielt er die Ehrenmedaille der SPD und eine Urkunde, in der seine Treue und sein Einsatz für die Ziele der Partei gewürdigt wurden. 1992 wurde er Ehrenmitglied der Sozialdemokratischen Partei Flensburg. Ernst Beier war ein Sozialdemokrat, dem es nicht auf Ämter und Ehren ankam; er schielte nicht nach Vorteilen und Posten. Er war vielmehr ganz überzeugt, daß es notwendig und richtig sei, eine politische Kraft zu stärken, die im Innern soziale Gerechtigkeit und nach außen Frieden unter den Völkern verwirklichen wollte. So sah er die Sozialdemokratische Partei an; und darum blieb er sein Leben lang Sozialdemokrat, ein Mann mit einer tiefen Überzeugung als Antrieb für sein Handeln.

So nahm er auch in den 12 Jahren der Diktatur Verfolgung, Nachteile und Schwierigkeiten in Kauf, ohne seine Gesinnung zu ändern. Ganz folgerichtig für sein Leben und Denken war es, als er 1950 mit anderen Sozialdemokraten zusammen in Husum den Grenzfriedensbund gründete, der es unternahm, einerseits das Deutschtum auch in den sozial benachteiligten Schichten der Bevölkerung zu stärken, andererseits aber auch das Gespräch mit den dänischen Nachbarn zu suchen, um in geduldiger Arbeit die Barrieren abzubauen, die im Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Besetzung Dänemarks aufgebaut worden waren.

Ernst Beier war von Anfang an im Vorstand des Grenzfriedensbundes tätig, jahrzehntelang als stellvertretender Vorsitzender. Am nachhaltigsten aber hat er sich selbst ein Denkmal gesetzt als Redakteur der Grenzfriedenshefte. Er, der

gelernte Schriftsetzer, der drucktechnisch herzustellen gewohnt war, was andere gedacht und geschrieben hatten,, saß nun wieder, wie schon als Mitarbeiter der SVZ, selber am Schreibtisch und war Redakteur und Autor und Mitgestalter unserer Hefte, in enger Zusammenarbeit mit Dr. Hans-Peter Johannsen.

Den guten Namen unserer Zeitschrift hat er ganz wesentlich mitbegründet. Gerade diese Arbeit hat ihm sehr viel bedeutet. Damit konnte er über das Gespräch hinaus mit einem weiterreichenden Medium Menschen erreichen und ihnen seine Gedanken nahebringen. Noch als 50jähriger hat er uns in der Redaktionsarbeit beraten; und als er sich dann doch zurückgezogen hatte, war er gar nicht immer mit seinen Nachfolgern zufrieden. Wir wissen, was wir ihm zu danken haben. Es ist sehr viel.

Als ich Ernst Beier kennenlernte, war er schon über 60 Jahre alt; daß ich noch fast 20 Jahre lang immer wieder mit ihm zu tun haben würde, hätte ich zu Anfang nicht geglaubt. Er war ein bescheidener, unaufdringlicher Mann. Man nahm ihn wahr, nicht durch die Art seines Auftretens, sondern durch das, was er sagte, und er hatte etwas zu sagen. Mit ihm zu arbeiten, war immer Gewinn, persönlich und in der Sache. Er schob, was er übernommen hatte, fast unauffällig, aber sicher voran. Wohin es gehen sollte, wußte er genau; er machte nur kein Aufhebens davon. Jede Attitüde, auf bloße Wirkung bedacht, war ihm fremd. Alles, was er tat, war in tiefen Überzeugungen begründet. Er war ein kleiner, bescheidener, zurückhaltender, oft fast verlegen wirkender, bedeutender Mann.

Dänische und deutsche Kirche im Grenzland seit 1920*

von LARS N. HENNINGSEN

Einführung

Im Mai 1996 kann die dänische Kirche im Landesteil Schleswig ihr 75-jähriges Jubiläum begehen. Am 13. Mai 1921 wurde „Den danske Menighed i Flensborg“ gegründet. Diese Gemeinde und ihre Entwicklung bis heute wird das Hauptthema der folgenden Ausführungen sein.

Warum dann der Titel „Dänische *und* deutsche Kirche?“ Und warum *im Grenzland* Die Erklärung ist eindeutig: Ein fazettenreiches Bild der Geschichte der dänischen Kirche in Südschleswig erhält man nur, wenn man sie in Verbindung mit der Geschichte der Landeskirche und der der „Nordschleswigschen Gemeinde der schleswig-holsteinischen Landeskirche“ betrachtet. Die Geschichten der beiden Minderheitenkirchen waren eng miteinander verbunden. Zusammen sind sie eine „grenzüberschreitende Geschichte“. Die eine Minderheitenkirche wurde schon früh der beste Anwalt der anderen. Diese These werde ich im folgenden begründen.

In der Kirchengeschichte sind übrigens die üblichen Einschnitte der neueren Geschichte des Grenzlandes von geringer Bedeutung. Das Jahr 1955 und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bilden in der Kirchengeschichte keine Zäsur. Die Kirche war die letzte Bastion der nationalen Auseinandersetzungen. Erst 10 bis 15 Jahre nach ihrer Unterzeichnung hat der Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen sich in den Kirchen durchgesetzt. Deshalb wird der Faden meiner Darstellung bis in die Gegenwart gezogen.

Ich werde meine Darstellung in drei Teile gliedern:

1. Die Kirchengeschichte im Überblick, d. h. eine ganz grobe Übersicht über die Entwicklung der Minderheitenkirchen seit 1920. Ich werde den äußeren Rahmen schildern, ohne Fragen nach Ursachen zu stellen oder Analysen zu geben.
2. Der Zusammenhang zwischen deutscher Kirche in Nordschleswig und dani-

*Überarbeitete Fassung eines Vortrages, den der Leiter des Archivs der dänischen Minderheit in Flensburg, Dr. Lars N. Henningsen, am 19. Januar 1996 auf der Tagung „Weichenstellungen. Der Weg der Kirche in Schleswig-Holstein nach 1945“ in der Akademie Sankelmark gehalten hat.

scher in Südschleswig: Ich werde durch Beispiele zeigen, daß die deutsche Minderheit in Nordschleswig für die Entscheidungen über die kirchlichen Verhältnisse südlich der Grenze eine große Bedeutung hatte. Die Geschichte der Nordschleswigschen Gemeinde und die der Dansk Kirke i Sydslesvig waren eng miteinander verbunden. Zwischen 1920 und 1969 galt das *Gegenseitigkeitsprinzip*. Es hat die Arbeitsbedingungen der dänischen Kirche in Südschleswig bestimmt.

3. Das Verhältnis zur Landeskirche: Die Kernfrage der Geschichte der dänischen Kirche in Südschleswig war: Wie soll das Verhältnis zur Landeskirche geregelt werden? Ich werde die Entwicklung dieses Problems aufzeichnen und eine Skizze der heutigen Situation der dänischen Kirche geben.

1. Minderheitenkirchen im Grenzland seit 1920 - ein Überblick

1.1 Südschleswig

Unser Thema beginnt mit dem Jahr 1920. Es gab aber natürlich auch schon vor 1920 eine Kirchengeschichte. Um 1800 ging die Sprachgrenze zwischen Deutsch und Dänisch nördlich von Husum und Schleswig und durch das südliche Angeln. Um 1920 war die heutige Landesgrenze im großen und ganzen mit der Sprachgrenze identisch. Doch wurde noch in weiten Teilen des Kreises Südtondern die dänische Volkssprache benutzt.

Das Deutsche war allerdings schon sehr viel früher als Kirchen- und Schulsprache eingeführt worden. Deutsch war seit etwa 1600 fast bis zur heutigen Landesgrenze die Sprache der Kirche und der Schule. Nur in der Stadt Flensburg gab es einen besonderen dänischen Pastor, d.h. seit etwa 1579. Ab 1588 gab es in der Heiligengeistkirche regelmäßig dänische Gottesdienste. Der dänische Pastor hatte aber keine eigene Gemeinde, hielt nur Gottesdienste in dänischer Sprache, er durfte keine Amtshandlungen verrichten.

In den Jahren zwischen den schleswigschen Kriegen, 1850-1864, unternahm die dänische Verwaltung den Versuch, die Sprachverhältnisse zu revidieren. Im nördlichen Südschleswig wurde die dänische Schul- und Kirchensprache eingeführt - jedoch ohne Erfolg. In Flensburg wurde eine selbständige dänische Gemeinde errichtet. Aus der ganzen Stadt konnten die Flensburger in diese Gemeinde eintreten, und der Pastor war nun auch für Amtshandlungen zuständig. Nach 1864 machte die preußische Verwaltung dies alles wieder rückgängig. Die dänische Gemeinde in Flensburg wurde aufgehoben, ein Pastor der Landeskirche sollte wieder in der Heiligengeistkirche dänischen Gottesdienst halten, jedoch ohne Amtshandlungen verrichten zu können. Deutsch wurde allgemeine Kirchensprache. Außerhalb Flensburgs gab es bis 1911 nur in fünf Kirchspielen

entlang der späteren Landesgrenze einige regelmäßige dänische Gottesdienste. 1920 ist dann das alte Herzogtum Schleswig geteilt worden. Auf beiden Seiten der neuen Grenze gab es nationale Minderheiten. Südlich der Grenze war die dänische Minderheit durch die Kämpfe der Abstimmungszeit stärker geworden - und der Abstand zu Dänemark war jetzt kleiner. Eine in sich geschlossene und zahlenmäßig starke Minderheit gab es in Flensburg: 1921-25 hatte der Schleswigsche Verein etwa 5000 Mitglieder.

In der neuen Weimarer Verfassung von 1919 war festgeschrieben, daß die fremdsprachigen Volksteile des Reiches weder durch die Gesetzgebung noch durch die Verwaltung in ihrer „freien volkstümlichen Entwicklung ... beeinträchtigt werden durften“.

Auf dieser Grundlage hat die Minderheit in Flensburg ihre kirchlichen Wünsche formuliert. Sie wollte den sonntäglichen Gottesdienst und einen Pastor aus Dänemark. Die Antwort der Landeskirche ließ lange auf sich warten. Zuletzt mochte die Minderheit nicht länger warten. Im Mai 1921 wurde eine eigene dänische Gemeinde, die außerhalb der Landeskirche stand, gegründet. Eine kirchliche Gesellschaft in Dänemark (Dansk Kirke i Udlandet) übernahm die Einstellung und die Besoldung eines dänischen Pastors. Die neue Gemeinde war de facto eine Freigemeinde, die meisten Mitglieder der Gemeinde waren jedoch weiterhin Mitglieder der Landeskirche.

Der erste dänische Pastor, Carl Wulff Noack, nahm 1921 seine Tätigkeit auf. 1922 wurde ein zweiter Pastor eingesetzt. Die Gottesdienste wurden im dänischen Gemeindehaus Ansgar gehalten. Ab 1922 wurden auch ganz kleine Kreise in der Umgebung Flensburgs betreut - in Harrislee, Tarup, Jarplund, Medelby und in der Stadt Schleswig. Die landeskirchlichen Gottesdienste in der Heiligengeistkirche wurden bis Pfingsten 1923 fortgeführt, dann aber eingestellt. - 1926 wurde die Heiligengeistkirche der dänischen Gemeinde mietweise überlassen. Ab etwa 1930 ist ein neuer Vorstoß zu bemerken. Der dänische Pastor H. F. Petersen nahm zu neuen Kreisen außerhalb Flensburgs Kontakte auf. In Glücksburg, Leck, Ladelund und besonders in Tönning gab es jetzt Gottesdienste, und es wurden Amtshandlungen ausgeführt. Man versammelte sich in Privathäusern, kleinen privaten Versammlungsstuben und in dänischen Schulen. Nur in Adelby wurden dänische Gottesdienste regelmäßig in der Kirche gehalten - anderswo konnten die dänischen Pastoren Beerdigungen in Zusammenarbeit mit den Pastoren der Landeskirche vornehmen. Ab 1933 gab es drei dänische Pastoren. Bis zur Kapitulation 1945 wurde die Arbeit ohne größere Veränderungen fortgeführt. Der Schwerpunkt dieser Kirchenarbeit lag aber in Flensburg. Etwa 83 Prozent der Amtshandlungen wurden in Flensburg verrichtet, d.h. jährlich ungefähr 200 Amtshandlungen insgesamt.

1945 kam die große Zäsur. Eine politische „Erweckung“ ging durch den Landesteil. Nach einer Zeit wurde klar, daß es eine Scheinerweckung war, aber das konnte man 1945-46 kaum erkennen. Überall entstanden dänische Vereine und dänische Schulen, es gab dänische Veranstaltungen - oft in deutscher Sprache, denn die Leute hatten ja meist keine Kenntnisse der dänischen Sprache. Die Leute kamen, bloß weil es dänische Angebote waren. Wünsche nach dänischen Gottesdiensten und dänischen Pastoren wurden ebenfalls geäußert. Die Landeskirche hatte sich - nach Ansicht vieler - in den Jahren 1933-45 kompromittiert. Wenn aus dem Norden kommend, eine neue und bessere Gesellschaft entstehen sollte, mußte auch die dänische Kirche dabei sein. Ein neues Leben sollte entstehen, und dazu gehörte ja auch eine neue Kirche. Dieser Wunsch wurde von Südschleswig aus formuliert - es war ein Wunsch „von unten“, nicht aus Dänemark inspiriert. Ich muß aber hervorheben: Es gab keine kirchliche Erweckung - die Wünsche nach dänischen Gottesdiensten und dänischen Pastoren waren Auswirkungen einer politischen Bewegung. Die neuen dänischen SSV-Vereine waren oft die Grundlage der kirchlichen Gemeindebildungen. Diese Tatsache wurde damals der dänischen Kirche von der Landeskirche oft vorgeworfen. Vom Gegner wurde die dänische Kirche hauptsächlich politisch infiziert gesehen. Es ist auch nicht zu leugnen, daß der Wunsch, Schleswig politisch mit Dänemark zu verbinden, den dänischen Pastoren nicht fern lag. Die rein kirchliche Aufgabe, auf Wunsch der Südschleswiger, diesen das Evangelium als freies Angebot und in dänischer Art und Sprache zu bringen, war jedoch für alle der Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit und das Motiv ihrer Arbeit in Südschleswig.

Finanziert wurde die Tätigkeit - auf deutsch: der „Vorstoß“ - von Dänemark. DKU erklärte sich sofort bereit, die Wünsche der Südschleswiger zu erfüllen. Spenden kamen von der Bevölkerung, in den Kirchen und im ganzen Land gab es Sammlungen. Erst seit den 1950er Jahren hat der dänische Staat nach und nach die Löhne und die Kosten für die Erhaltung der Gebäude übernommen. 1945 gab es drei dänische Pastoren und zwei Jugendsekretäre. 1946 11 Pastoren, 1950 17 Pastoren und 10 Jugendsekretäre, 1956 25 Pastoren. Das war eine rasante Entwicklung.

Bis in die sechziger Jahre war das Verhältnis zwischen der dänischen Kirche in Südschleswig und der Landeskirche durch vielerlei Spannungen getrübt. Die Ursachen waren teils rechtlicher, teils nationaler und politischer Art.

Der Ausgangspunkt aller Spannungen lag darin, daß die Leute, die sich zu den dänischen Pastoren hielten, bis in die 1970er Jahre meistens zugleich Mitglieder der Landeskirche waren; außerhalb Flensburgs galt das für fast alle, in Flensburg war es die Mehrheit. Die Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Lan-

deskirche Schleswig-Holsteins von 1922 gab aber kaum Platz für die Minderheit. Die Freiheitsrechte in der Dänischen Volkskirche (Staatskirche) waren weiter als die in der Landeskirche. Jedes Gemeindeglied konnte zwar für Amtshandlungen einen anderen Geistlichen der Landeskirche wählen (§ 60,1). Die dänischen Pastoren waren aber keine Geistlichen der Landeskirche. Ein Gemeindeglied konnte auch einen Geistlichen wählen, der nicht Geistlicher der Landeskirche war (§61). Dieses Recht wurde aber in Beziehung auf die Minderheit nicht in Anspruch genommen. Ganz allgemein war es natürlich der Landeskirche nicht lieb, daß Pastoren einer Nachbarkirche in den Gemeinden der Landeskirche Amtshandlungen ausführten, ohne daß diese die Handlungen kontrollieren konnte. Eine Verfassungsänderung war daher die Bedingung für ein Entgegenkommen gegenüber den dänischen Wünschen.

Erst in den 60er Jahren hat sich das Verhältnis der beiden Kirchen nachhaltig zum Besseren geändert. Heute gibt es im Landesteil Schleswig 24 dänische Pastoren, die dänische Kirche hat 6 900 Mitglieder und etwa 43 Gemeinden. An 60 Orten werde Nordschleswig.

In Nordschleswig hat das deutsche Kirchenleben nach 1920 ebenfalls viele Änderungen erlebt, oft jedoch mit ganz anderen Vorzeichen als das dänische Kirchenleben in Südschleswig.

In den Städten gab es nach 1920 weiterhin deutsche Pastoren, die im Rahmen der Volkskirche arbeiteten, auf dem Lande wurden besondere deutsche Pastoren aber nicht mehr eingestellt. Pastoren aus anderen Gemeinden, die der deutschen Sprache mächtig waren, sollten die deutschen Gottesdienste übernehmen. Deutsche Gottesdienste wurden in dieser Weise weitgehend möglich, es war allerdings eine Einschränkung der bis dahin geltenden Arbeitsbedingungen der Deutschen in Nordschleswig.

Die Anzahl der ländlichen Kirchspiele mit deutschen Gottesdiensten wurde halbiert. Die Zahl der deutschsprachigen Gottesdienste fand die Minderheit zu niedrig, und daß dänische Pastoren für Deutsche und Dänen zuständig waren, fand sie schlecht. Die deutschgesinnten Nordschleswiger wünschten eigene Pastoren, die sie besser als die Reichsdänen verstanden und zu denen sie mehr Vertrauen haben konnten. Ein dänisches Versprechen, Zweitprediger für die Deutschen einzustellen und teilweise zu entlohnen, wurde nicht erfüllt. Die Jahre 1920-23 waren deshalb durch viel Unsicherheit und Unzufriedenheit gekennzeichnet.

Das führte 1923 zur Errichtung der „Nordschleswischen Gemeinde“ als eine Gemeinde der Landeskirche Schleswig-Holstein. Im Laufe der Jahre standen sieben Pastoren im Dienst dieser Nordschleswigschen Gemeinde. Sie konnten die dänischen Kirchen benutzen und haben in vieler Hinsicht die Freiheitsrechte

der dänischen Volkskirche beanspruchen können. Die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg bedeuteten einen schweren Rückschlag. Die deutschen Pastoren der dänischen Volkskirche in den Städten blieben im Amt. Die Pastoren der Freige-meinde wurden dagegen Opfer der Rechtsverfolgung. Die Pastoren der Freige-meinde wurden interniert und mußten später das Land verlassen. Die Pastorate wurden beschlagnahmt. Das Ergebnis war - ganz ähnlich wie in den ersten Jahren nach 1920 - eine weitverbreitete Unzufriedenheit in der Minderheit und in der Landeskirche. Erst 1948 gab es einen neuen Anfang. - Heute wirken wieder sieben Pastoren im Rahmen der Freige-meinde.

2. Dänische und deutsche Gemeinden in der Grenzpolitik: das Gegenseitigkeitsprinzip

So weit der äußere Rahmen. Jetzt die Frage:

Welche von außen kommenden Kräfte haben die Lebensbedingungen der dänischen Kirche im Landesteil Schleswig beeinflußt? Es gab politische und kirchliche Faktoren. Und hinzu kam der Vergleich mit dem deutschen Kirchenleben in Nordschleswig. Das Gegenseitigkeitsprinzip war von 1920 bis in die Gegenwart von großer Bedeutung. Das wird aus einigen Beispielen deutlich hervorgehen.

2.1 Die Gründung der dänischen Gemeinde in Flensburg

1920-21 wurde die Landeskirche mit den Wünschen der Dänen in Flensburg konfrontiert. Diese wünschten u. a. einen reichsdänischen Pastor und die Über-lassung der Heiligengeistkirche zum alleinigen Gebrauch. Am 4. November 1920 kam die erste zögernde Antwort des Konsistoriums in Kiel. Hier wurde mitgeteilt, daß „die Frage der Anstellung eines besonderen reichsdänischen Geistlichen ... nur in Verbindung mit der zukünftigen Regelung der kirchlichen Verhältnisse der deutschen Minderheit in Nordschleswig behandelt werden kann. Das evangelisch-lutherische Konsistorium hegt nur den Wunsch, daß das dem abgetretenen Nordschleswig zu erweisende Entgegenkommen die Erfüllung der Wünsche der dänischen Minderheit in Flensburg ermöglicht“.

Die damalige Unsicherheit in Nordschleswig hatte also Auswirkungen südlich der Grenze. Ein dänisches Entgegenkommen in Nordschleswig war die Bedingung für eine Erfüllung der dänischen Wünsche südlich der Grenze. Dieses Prinzip zieht sich wie ein roter Faden durch alle Verhandlungen der Jahre von 1920 bis 1969.

Die Antwort vom 4. November 1920 war keine richtige Antwort. Auch die zivilen Behörden - das Kultus- und das Außenministerium in Berlin, die Regierung in Schleswig, der Oberpräsident in Kiel und auf der anderen Seite das Kirchen-

und das Außenministerium in Kopenhagen wurden mit einbezogen. Der Regierungspräsident in Schleswig und der Oberbürgermeister Todsen in Flensburg suchten die Kirchenwünsche südlich der Grenze zugunsten der deutschen Nordschleswiger zu nutzen, und zwar „unter der Voraussetzung voller Gegenseitigkeit“. Oberbürgermeister Todsen war der Ansicht, „daß die Nachteile, die durch eine Aufnahme der dänischen Gemeinde in die Landeskirche innerpolitisch erwachsen, als erträglich anzusehen seien, gegenüber den großen Vorteilen, die bei Gewährung gleicher Rechte an die deutschen Gemeinden in Nordschleswig sich dort für das Deutschtum ergeben würden. ... Es erscheint mir unerlässlich, die Grundsätze, nach welchen die Errichtung besonderer Gemeinden bzw. die Einrichtung besonderen Gottesdienstes für die nationalen Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze erfolgen soll, durch Staatsvertrag festzulegen, bevor die Wünsche der Flensburger Dänen Erfüllung finden“, schrieb er am 7. Juni 1921.

Von dänischer Seite in Flensburg wurde der Vergleich mit Nordschleswig am 5. Februar 1921 schroff abgelehnt. Der Versuch des Konsistoriums, die Angelegenheit ins politische Fahrwasser zu ziehen, wurde abgewiesen. Die Einwände hatten aber keinen Erfolg. Noch am 2. Mai kam eine zögernde Antwort aus dem Kultusministerium in Berlin: „Da es sich aber nicht nur um eine kirchliche Angelegenheit handelt, sondern auch von Erwägungen politischer Art die Rede ist, welche nicht ohne die Teilnahme des Außenministers entschieden werden können, so darf eine sofortige Erledigung der Sache nicht erwartet werden.“

Die dänische Kirche südlich der Grenze wurde von der deutschen Seite als ein Teil der allgemeinen Grenzpolitik betrachtet. Die Minderheit hat sich deshalb de facto als Freigemeinde außerhalb der Landeskirche konstituiert. Die Unzufriedenheit auf deutscher Seite mit den Veränderungen in Nordschleswig haben den Kirchenwünschen der dänischen Minderheit in Flensburg geschadet.

1.2 Der Kampf um die Fleiligengeistkirche

Ein Wunsch stand in der freien dänischen Gemeinde über allen anderen: Man wünschte, die alte dänische Kirche - die Heiligengeistkirche - wieder benutzen zu können. Die Antwort der Marien-Gemeinde kam in den Jahren 1921-25 wiederholt und deutlich: Nein!

Dieses Nein konnte aber um 1924-25 nicht mehr unangefochten bestehen. 1924- 25 war das politische Klima der Grenzpolitik besser geworden. Für die deutsche Republik war ein entspanntes Verhältnis zu Dänemark wichtig. Reibungen wegen der dänischen Gemeinde in Flensburg waren unerwünscht. Die Frage war auch im Rahmen der kirchlichen Verhältnisse in Nordschleswig von

Bedeutung. Von politischer Seite - vom Innenministerium in Berlin, vom Oberbürgermeister in Flensburg und vom Grenzlandexperten Ernst Schröder - wurde der Propst in Flensburg unter Druck gesetzt: Eine Absage war unklug, besonders da die deutschen Pastoren in Nordschleswig weitgehend die dänischen Kirchen benutzen konnten. Einige Wünsche waren jedoch auch dort noch nicht erfüllt.

Vor diesem Hintergrund trat dann die Nordschleswigsche Gemeinde als Vermittler zugunsten der Minderheit in Südschleswig auf. Am 25. April 1925 stellte sich der Vorsitzende der Nordschleswigschen Gemeinde, Kaufmann Jacob Nissen in Tingleff, als Vermittler zur Verfügung. Im Juli 1925 trat Pastor J. Schmidt-Wodder, der politische Leiter der deutschen Volksgruppe, in Aktion. Ihm war bewußt, daß der dänischen Gemeinde südlich der Grenze „nicht der Raum gewährt wird wie uns hier“. Es sei daher klüger, ihr die Kirche zur Benutzung zu überlassen, besonders weil „nach dänischem Gesetz in Dänemark es durchaus möglich ist, die Gebäude der Landeskirche zu benutzen und wir ständig davon Gebrauch machen“. Er schlug vor, „die Benutzung der Heiligengeistkirche der dänischen Freigemeinde zu gestatten. Wir deutschen Nordschleswiger haben ein Interesse daran“, schrieb er. Diese Hilfe an die Minderheit in Flensburg war sicherlich ein schwerwichtiges Argument seiner Grenzrevisionspläne: Eine liberale Politik der dänischen Minderheit gegenüber würde die Bedenken dänischer Nordschleswiger gegen eine Grenzverschiebung verringern!

Danach wurden die deutschen Kirchenleute in ihre Schranken verwiesen. Oberbürgermeister Todsén und Ernst Schröder unterstrichen: Politische Gründe sprechen für die Überlassung. Für alle politischen Instanzen ist die Überlassung zwingend notwendig. Wenige Monate danach wurden Verhandlungen über ein Mietverhältnis eingeleitet. 1927 konnte die dänische Gemeinde wieder die Kirche beziehen. Politische, nicht kirchliche Überlegungen und das oft erwähnte Gegenseitigkeitsprinzip hatten der dänischen Gemeinde „ihre“ Kirche zurückgegeben. Jetzt waren die Verhältnisse in Nordschleswig so zufriedenstellend geregelt, daß die deutsche Minderheit - in vernünftigem Eigeninteresse - für die Belange der dänischen Minderheit in Flensburg eintreten konnte.

1.3 Die Öffnung der Adelbyer Kirche

Ähnliche Momente begegnen uns in der Geschichte über die Überlassung der Adelbyer Kirche an die Minderheit im Jahr 1933. In den Jahren ab 1926 wurde unter deutschen Kirchenleuten beiderseits der Grenze über eine neue Politik gegenüber der Minderheit verhandelt. U. a. von Pastor Lorenz Jessen in Oeversee und von seinen Kollegen in Nordschleswig wurde 1931 hervorgehoben: Es gibt eine dänische Minderheit, „welche ebenso gut ihr Recht beanspruchen kann wie

unsere deutsche Minderheit in Nordschleswig es beansprucht und auch zum guten Teil erhält.“ Es wurde empfohlen, der dänischen Minderheit dieselben Rechte wie der deutschen Minderheit in Nordschleswig zu gewähren, „zumal die Erfahrung zur Genüge gezeigt hat, daß die Gewährung möglicher Freiheit das beste Mittel ist, eine politische Minderheit in ihren Grenzen zu halten.“ Das Problem war aber nicht leicht zu lösen: „Die Gewährung kirchlicher Rechte darf nicht so weit gehen, daß dadurch rein politischen und nationalchauvinistischen Bestrebungen Vorschub geleistet wird“, hieß es aus dem Landeskirchenamt.

1932 wurde von 114 Mitgliedern der Landeskirche in Adelby um die Öffnung der Kirche für dänische Gottesdienste gebeten. Der Kirchenvorstand war dagegen. Die oberen Stellen, der Bischof und die Kirchenregierung wußten, daß ein gewisses Entgegenkommen politisch notwendig war. Pastor Schmidt-Wodder aus Nordschleswig trat ebenfalls für eine liberale Lösung ein.

Sie wurde durch eine kirchliche Notverordnung vom 8. Februar 1933 ermöglicht. Auf ihrer Grundlage wurde der dänische Pastor H. F. Petersen den Pastoren der Landeskirche gleichgestellt. Die Möglichkeit der Benutzung der Landeskirche war damit gegeben.

Erst mußte aber der Kirchenvorstand seine Zusage geben. Sie wurde erneut verweigert: Eine echte Minderheit gab es nach seiner Ansicht nicht. Neue Verhandlungen waren notwendig. Pastor Schmidt aus Nordschleswig argumentierte für ein Entgegenkommen. Eine Verweigerung der dänischen Gottesdienste würde „wahrscheinlich keine unmittelbaren Rückwirkungen auf die Stellung der deutschen Freigemeinde in Nordschleswig haben, aber es verdirbt die ganze Atmosphäre, die wir gerade wieder etwas gereinigt haben, und würde als Rückfall in kleinliche Enge gedeutet werden. ... Denn 15-20 Menschen, die dänische Muttersprache haben, genügen vollauf, um den Anspruch zu begründen, mögen die Motive sein, welche sie wollen. Man kann ihnen gerne sagen, daß man an die Sauberkeit ihrer Motive nicht glaubt, wenn man es nicht tut, aber man soll ihnen geben, was sie beantragen. So läuft sich die Sache am ehesten tot oder beschränkt sich auf das wirkliche Bedürfnis“.

Der Kirchenvorstand wurde jetzt unter Druck gesetzt. Die Freunde aus Nordschleswig wurden einberufen, um ihn zu beeinflussen. Wiederum „nein“ - aber mit folgendem Zusatz: „Falls das Landeskirchenamt dem Antrag auf Überlassung der Kirche stattgibt, werden wir vom Gesichtspunkt der Nordschleswigschen Gemeinde aus für diese Entscheidung Verständnis haben und keinen Widerspruch erheben.“ Die freiheitliche Regelung in Nordschleswig machte es notwendig, dem Gesuch der Minderheit stattzugeben. Am 1. November 1933 wurde dem Antrag durch das Landeskirchenamt stattgegeben. Die Kirchentür wurde aus politischen Erwägungen geöffnet.

Die freiheitlichen Verhältnisse in Nordschleswig und die deutschen Nordschleswiger haben, wie diese Beispiele zeigen, eine wichtige Rolle für das dänische Kirchenleben in Südschleswig gespielt.

1.4 Entgegenkommen im Norden als Bedingung für Fürsprache im Süden

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Verhältnisse völlig anders. Das Gegenseitigkeitsprinzip lebte aber fort - jetzt jedoch mit verändertem Vorzeichen. Das deutsche Kirchenleben in Nordschleswig erlebte eine schwere Zeit. Die Pastoren der Freigemeinde mußten, wie erwähnt, eine Zeitlang ins Gefängnis und wurden später aus Dänemark ausgewiesen. Erst 1948 konnte die Nordschleswigsche Gemeinde ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Der erste Pastor der Freigemeinde, Hans Egon Petersen, konnte in der ersten Zeit die Kirchen nicht benutzen. Ich will auf die Ursachen hierfür nicht näher eingehen. Bei vielen Pastoren der Landeskirche hat diese Entwicklung aber ein Gefühl von erlittenem Unrecht und dänischen Übergriffen hinterlassen.

Das wurde vom Bischof für Schleswig, Reinhold Wester, genutzt. 1948 machte er z.B. seine Einwilligung für die Einreise dänischer Pastoren davon abhängig, daß in Nordschleswig Entgegenkommen gezeigt wurde. In Eckernförde wurde die Kirche für die dänischen Pastoren gesperrt, bis Hans Egon Petersen die Erlaubnis zur Benutzung der Kirchen in Nordschleswig erhielt.

1.5 Das Kirchengesetz von 1968

Als letztes Beispiel für die Anwendung des Gegenseitigkeitsprinzips möchte ich das Kirchengesetz zur Regelung der Zusammenarbeit mit der „Dänischen Kirche in Südschleswig e.V.“ vom 15. November 1968 anführen.

Das Gesetz ist Ausdruck des Geistes der Zusammenarbeit, die sich seit Anfang der sechziger Jahre allmählich unter den Geistlichen des Grenzlandes entwickelt hatte. Viele jüngere Pastoren der Landeskirche fanden es jetzt richtig, den Pastoren der dänischen Nachbarkirche bessere Arbeitsmöglichkeiten und größere Freiheiten einzuräumen, in ökumenischem Geist wurden Gespräche geführt, und ab 1967 haben Verhandlungen von Geistlichen der Landeskirche, der dänischen Kirche und von Vertretern der Nordschleswigschen Gemeinde die Grundlage für das Gesetz von 1968 gelegt.

Für einige war das Gesetz vielleicht zu liberal. Die Genehmigung der Landessynode wurde aber dadurch gefördert, daß es den deutschen Gemeinden in Nordschleswig etwas einbringen konnte. Die Nordschleswigsche Gemeinde empfahl das Gesetz nachdrücklich. Die Regelung in Südschleswig war analog der der deutschen Gemeinde in Nordschleswig, sie war „eine Regelung für Südschles-

wig unter Beachtung der nordschleswigschen Verhältnisse und Erfahrungen“. Als der Entwurf dem dänischen Kirchenministerium übermittelt wurde, sprach die Landeskirche die Erwartung aus, daß berechtigten deutschen Vorstellungen eine wohlwollende Prüfung entgegengebracht werde. Das geschah 1969. Als Gegenleistung wurden einige der letzten Wünsche der Nordschleswiger erfüllt, u.a. daß die deutschen Pastoren das Recht erhielten, standesamtliche Trauungen zu vollziehen, wie es den dänischen Pastoren zusteht. Dazu kam die pauschale Genehmigung, ausländische Prediger einzusetzen.

3. Das Verhältnis zur Landeskirche

Wie erwähnt war das Verhältnis der dänischen Kirche zur Landeskirche bis in die 60er Jahre durch vielerlei Spannungen gekennzeichnet. Am größten waren die Gegensätze unmittelbar nach den zwei Weltkriegen. In den Jahren des Dritten Reichs konnte die dänische Kirche in ziemlich gutem Einvernehmen mit der vom Staat dirigierten Kirche leben. Erst heute sind die Gegensätze weitgehend beseitigt.

3.1 1920-45

In den Jahren der Republik von Weimar gab es eigentlich gewisse Ausgangspunkte einer Zusammenarbeit. Die dänische Kirche war in nationaler Hinsicht äußerst zurückhaltend. Dansk Kirke i Udlandet und das dänische Kirchenministerium haben oft und streng von den Pastoren gefordert, sich jeder Art von Nationalpolitik zu enthalten. In der Theorie war diese Forderung leichter zu erfüllen als in der Praxis. Die Pastoren waren Teile einer dänischen Kulturarbeit. Pastor Noack und die meisten Kollegen waren sich der, sich aus dieser Kulturarbeit ergebenden Gefahren bewußt. Es war nicht ihre Aufgabe, Dänentum zu predigen, sondern sie sollten auf dänisch predigen. Sie standen der Inneren Mission nahe und wollten Seelen retten. Nur Pastor H. F. Petersen hatte es vielleicht schwerer, die sorgfältig einzuhaltende nationale Enthaltensamkeit zu üben. Trotzdem waren die ersten Jahre nach 1920 durch Konfrontation gekennzeichnet. Die vielen Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre verursachten in der deutschen Kirche und in der zivilen Verwaltung eine extreme Empfindlichkeit gegenüber den „dänischen Vorstößen und Übergriffen“. Die noch ungeklärten Verhältnisse in Nordschleswig erzeugten ebenfalls Irritationen. 1924 wurde deshalb in Südschleswig ein „Boycott“ publiziert. Die Landeskirche kehrte allen Mitgliedern, die sich an dänische Geistliche wandten, den Rücken zu: Das gemeinsame Amtieren deutscher und dänischer Geistlicher wurde grundsätzlich abgelehnt; Amtshandlungen, die von einem dänischen Geistlichen vollzogen wurden, soll-

ten nicht in die Kirchenbücher eingetragen werden; der Gebrauch der dänischen Sprache sollte in der Landeskirche möglichst vermieden werden.

Erst nach 1924 trat eine gewisse Entspannung ein. Die Nordschleswiger lebten jetzt in guter Zusammenarbeit mit der Volkskirche - sie wünschten deshalb ein Entgegenkommen gegenüber der Minderheit südlich der Grenze. Politische Überlegungen gingen in dieselbe Richtung. Aus dieser Situation heraus kam es wie erwähnt 1926 zur Öffnung der Heiligengeistkirche, 1933 zur Gleichstellung von Pastor H. F. Petersen und im gleichen Jahr zur Öffnung der Adelbyer Kirche für dänische Gottesdienste.

Diese Regelung wurde jedoch gegen weitverbreiteten Widerstand in der örtlichen Bevölkerung und unter einigen Gemeindepastoren durchgeführt. In Adelby war eine starke Einwirkung der staatlichen Nazi-Organen notwendig, bevor die Genehmigung des Antrags zentral vom Landeskirchenamt - also nicht vom lokalen Kirchenvorstand - gegeben wurde. Ähnlich hat H. F. Petersen als gleichgestellter Pastor in den einzelnen Gemeinden Schwierigkeiten erlebt. In dieser Situation wurde ihm jedoch vom Landesbischof Adalbert Paulsen Hilfe zugesagt: In prekären Fällen konnte er sich direkt an den Landesbischof wenden. Die dänische Kirche wurde also vom neuen Staat und dessen Kirche unter Schutz gestellt. Für die dänische Kirche bedeuteten die Jahre 1933-45 eine gewisse Entspannung im Verhältnis zur Landeskirche. Politische Erwägungen gaben den Ausschlag. Reibungen mit der dänischen Kirche waren unerwünscht. Die nationale Vorsicht der dänischen Pastoren und der geringe Umfang ihrer Tätigkeiten machte das Phänomen „dänische Kirche“ ziemlich belanglos.

3.2 Von 1945 bis in die 60er Jahre

Ganz anders war es nach 1945. Über Nacht strömten dänische Pastoren ins Land. Bisher war die dänische Kirchenarbeit auf Flensburg und Umgegend konzentriert gewesen. Das konnten viele Deutsche wegen der alten dänischen Minderheit dort verstehen. Jetzt verbreiteten sich die dänischen Gottesdienste aber über das ländliche Schleswig, wo bisher von dänischem Leben niemand etwas gesehen hatte. Es kamen Anträge auf Benutzung der landeskirchlichen Gebäude - und zwar oft von den örtlichen SSV-Vereinen. Die Pastoren waren nicht immer von derselben nationalen Enthaltsamkeit wie ihre Kollegen aus der Zeit von 1921 bis 1945. Oft benutzten sie - notgedrungen - die deutsche Sprache, und sie sprachen oft und gern von der legitimen Verbindung zwischen „folkeliv og kirkeliv“. Sie sprachen davon, daß die Südschleswiger sich jetzt auf ihren dänischen Ursprung besannen. Sie verlangten für alle Südschleswiger das Recht, sich frei für dänische Pastoren entscheiden zu können, wenn sie dies wünschten.

Die Landeskirche war bestürzt. Für sie war es ein Übergriff. Für sie kamen die Pastoren aus politischem Eifer und mit dem Wunsch, Schleswig in Dänemark einzuverleiben, in den wenigsten der neuen sogenannten Gemeinden war man der dänischen Sprache mächtig. Die dänische Kirche war mit der deutschen bekenntnisgleich. Es gab deshalb aus deutscher Sicht keinen Bedarf für diese neuen dänischen Pastoren. Die Landeskirche glaubte, die dänische Kirche wegen einer Vermischung von Religion und Politik bekämpfen zu müssen. Die Analogie zu den Deutschen Christen lag für sie allzu nahe. Die Jahre nach 1945 waren deshalb die Jahre der Konfrontation.

Trotzdem war für beide Seiten eine gewisse Zusammenarbeit notwendig. Fast alle „Neudänen“ waren Mitglied der Landeskirche, und sie waren nicht bereit, die Landeskirche zu verlassen. Hätten sie es getan, wäre die Landeskirche der große (finanzielle) Verlierer gewesen.

Die Notwendigkeit forderte eine gewisse Zusammenarbeit. 1947 wurden die dänischen Pastoren mit denen der Landeskirche gleichgestellt. Das wurde kein Erfolg. Als Gleichgestellte durften die dänischen Pastoren in den Kirchen nur die dänische Sprache benutzen, und sie mußten die Ordnungen der Landeskirche einhalten, wenn sie für Mitglieder der Landeskirche Amtshandlungen vornahmen. Danach hat man sich nicht immer gerichtet. Die dänische Kirche schlug 1948 vor, innerhalb der Landeskirche eine Wahlgemeinde zu bilden - das wurde abgelehnt, denn für eine solche Ordnung gab es nach der Gesetzgebung keine Möglichkeit. Als Gegenvorschlag hat die Landeskirche 1950 der dänischen Kirche empfohlen, eine Freigemeinde außerhalb der Landeskirche zu bilden. Das war für die Dänen nicht annehmbar, weil die Mitglieder nicht aus der Landeskirche austreten wollten. Die dänische Kirche war zu dieser Selbständigkeit nicht reif.

Danach wurde die Gleichstellung der dänischen Pastoren zurückgezogen. Eine Gebührenordnung, wie man sie in Nordschleswig kannte, wurde 1952 eingeführt. Das war für die finanzschwachen dänischen Gemeinden zu teuer. Sie wurden gezwungen, auf die Benutzung der Ortskirchen zu verzichten und zogen in die dänischen Schulen und in eigene Kirchen.

In dieser Situation wurde 1955 von der Landeskirche ein Gesetz über den Gebrauch der dänischen Sprache bei Gottesdiensten und Amtshandlungen publiziert. Das Gesetz war als eine freundliche Geste gedacht - 1955 ist das Jahr der Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Die dänische Kirche machte aber davon keinen Gebrauch. Sie konnte die Bestimmungen über die Einhaltung der landeskirchlichen Ordnung und das Verbot, die deutsche Sprache zu benutzen, nicht annehmen. Das Gesetz gab nicht die gewünschte Freiheit.

In den folgenden Jahren arbeiteten die zwei Kirchen dann ohne offizielle Kon-

takte mehr oder weniger nebeneinander. Für die dänische Kirche ging es um ihren inneren Aufbau, um die Stärkung der Gemeinden, die Erziehung zur Selbstverantwortung. Die Mitglieder sollten lernen, daß sie auch für ihre Kirche bezahlen mußten.

3.3 Von den 60er Jahren bis in die Gegenwart

In den 1960er Jahren begann sich endlich eine Entspannung zwischen den Menschen und den Pastoren zu entwickeln. Ökumenische Gedanken verstärkten sich, für junge Pastoren waren Grenzkampf und vielleicht auch Kirchenzucht überholte Begriffe. 1968-69 wurden diese Tendenzen, die sich im Alltag durchgesetzt hatten, auch im Gesetz festgeschrieben. Das Kirchengesetz zur Regelung der Zusammenarbeit mit der „Dänischen Kirche in Südschleswig e.V.“ vom 15. November 1968 war vom Geist der Zusammenarbeit getragen. Die dänische Kirche sollte sich nicht außerhalb der Landeskirche einrichten, sondern in Zusammenarbeit mit ihr wirken. Ihre Pastoren wurden anerkannt, die Kirchen wurden bereitgestellt, bloß sollten die Pastoren dem Bischof präsentiert werden, und sie sollten bei Mitgliedern der Landeskirche bei Amtshandlungen die Ordnungen der Landeskirche beachten. Eine Zuwendung an die dänische Kirche in Höhe der landeskirchlichen Dienstbezüge für vier Geistliche wurde versprochen - ähnlich wie in Nordschleswig.

Das Gesetz zeigt, daß eine Entspannung endlich - obwohl mit Verzögerung - in den Bereich der Kirchen einzog.

In den folgenden Jahren ging die innere Stärkung der dänischen Gemeinden weiter. Die Gemeinden hatten kein Interesse daran, daß ihre Mitglieder zugleich Mitglied der Landeskirche waren und an sie Kirchensteuer bezahlten. Die Doppelmitgliedschaft wurde als unnatürlich empfunden. Im Jahre 1982 waren zwei Drittel der Mitglieder der dänischen Gemeinden zugleich Mitglied der Nordelbischen Kirche (NEK). Heute ist es umgekehrt: Etwa zwei Drittel sind ausschließlich Mitglied der dänischen Kirche. Die Mitgliederzahl stabilisierte sich von etwa 5 500 in den Jahren 1960-80 bis heute auf etwa 6 900.

Auch in den einzelnen Gemeinden wurden die Strukturen stabilisiert. Mit größeren Einnahmen kam eine verbesserte Leistungsfähigkeit. Die Gemeinden konnten selber größere Aufgaben durchführen. Auch Bauvorhaben wurden jetzt von den Gemeinden mit großzügiger Unterstützung aus Dänemark durchgeführt, z.B. die neuen dänischen Kirchen in Eckernförde (1985), Husum (1991) und Harrislee (1994).

5. Fazit

Dansk Kirke i Sydslesvig lebt heute ihr eigenes Leben - in zunehmendem Maße unabhängig von der deutschen Bruderkirche. Die Ortskirchen können ohne Probleme benutzt werden, und diese Möglichkeit wird besonders von neuen dänischen Pastoren zunehmend wahrgenommen. Es ist ein Nebeneinander, wie der dänische Pastor in Harsilee es im Jubiläumsjahr 1996 ausdrückte: „Wir werden als Minderheitenkirche respektiert, und ich verkehre gut mit meinem deutschen Kollegen. Es gibt aber keine Zusammenarbeit, denn es gibt nichts, worüber wir Zusammenarbeiten können (Vi respekteres som mindretalskirke, og jeg har også et udmærket samkvem med min tyske kollega. Vi samarbejder ikke, for der er ikke noget at samarbejde om - Fl. Avis 8. Februar 1996).

Die dänischen Pastoren hatten stets den Wunsch, das Evangelium „in dänischer Art“, d.h. wie in der dänischen Volkskirche, auch in Südschleswig für die dänische Minderheit frei verkünden zu dürfen. Dieser Wunsch ist jetzt erfüllt. Die Freiheit ist Wirklichkeit geworden. Die Kirchen stehen für diese Arbeit offen, und die NEK gibt an die dänische Kirche eine Gegenleistung für die Steuerbeträge der dänischen Gemeindeglieder.

In den letzten Jahren haben die Gemeinden eine innere Stärke und Stabilität erhalten. Deshalb kann der dänische Staat mit gutem Gewissen alle Lohnkosten der 24 dänischen Pastoren tragen. Ob jedoch so viele dänische Pastoren auch in der Zukunft tätig sein werden, kann niemand wissen. Die Anzahl der Amtshandlungen wird jedes Jahr weniger - 1994 waren es 685. Aber die Zahl selber ist wohl von geringerer Bedeutung. Wichtiger ist, daß die dänische Kirche als solche Wurzeln geschlagen hat. Die zwei Kirchen sind verschieden. Und heute gibt es für beide einen gesicherten Platz. Das ist nach fast 75 Jahren mit vielen Auseinandersetzungen ein gutes Ergebnis.

Literaturhinweis:

Die Abhandlung beruht hauptsächlich auf:

Lars N. Henningsen: Kirke og folk i grænselandet. Dansk Kirke i Sydslesvig 1921-1996. Flensburg: Studiefædelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, (Mit Quellen und Literaturangaben. - Erscheint im Mai 1996).

Als die Grenze „fest lag“ -

der Grenz streit nach dem Zweiten Weltkrieg

von JOHAN PETER NOACK

Die Problematik

Nichts mißt besser die Tiefe menschlichen Selbstgefühls als die Witze, die man über sich selbst macht. Dänemark bis zur Donau, lachen die Dänen. Darin liegt eine Distanz zur politischen Leidenschaft, an der das nationale Gefühl Anteil hat. Es ist herrlich, daß wir es so weit gebracht haben. Heute trachten wir meistens danach, anderen Völkern Frieden und Wohlstand zu bringen, worauf wir uns ja verstehen. Ansonsten halten wir uns gerne innerhalb unserer eigenen Grenzen, wenn wir denn unser kleines Land bestellen dürfen. Viele haben so gut wie vergessen, daß die Mehrheit unserer Eltern und Großeltern es anders wollte. Die meisten wünschten die Grenze nach Süden verschoben. Südschleswig sollte gerne in Dänemark eingegliedert werden. Auf demokratische Weise. Warum aus etwas eine Geschichte machen, was zu nichts führte, kann man fragen. Südschleswig blieb ein Teil Deutschlands. Die Grenze blieb glücklicherweise fest dort, wo sie aus guten Gründen 1920 gezogen worden war. Die Antwort ist einfach. Um der Erkenntnis willen. Im Verständnis ist das, woraus nichts wurde, fest mit dem verknüpft, was war oder woraus etwas wurde. Wenn die Grenze zu Deutschland uns heute selbstverständlich erscheint, hängt das u.a. damit zusammen, daß Dänemark selbst es nach dem Zweiten Weltkrieg ablehnte, sie zu verschieben.

Als die Grenze von 1920 gezogen wurde, geschah dies nicht mit Selbstverständlichkeit. Viel dänische Leidenschaft wurde darauf verwendet, sie weiter südlich zu ziehen. Viele deutsche Gefühle verlangten sie entsprechend weiter nördlich. Aber es gab gute Gründe für den Vorschlag. Er respektierte eine mehrere Jahrhunderte alte Grenze zwischen dänischer und deutscher Kultur. Er berücksichtigte die sprachliche Teilung so genau, daß man heute von einer scharfen Sprachgrenze sprechen kann. Und er nahm beinahe vorbildlich die demokratische Billigung vorweg, die mit den Volksabstimmungen im Februar und März kam. Vor allem die demokratische Legitimation hat die Grenze von 1920 zementiert. Bis heute können zwei Anschläge auf sie notiert werden. Der erste kam mit der * Dieser Beitrag des dänischen Reichsarchivars, Dr. Johan Peter Noack, erschien zuerst in: Grænsen i 75 år. 1920-1955, hrsg. v. Institut for Grænseregionsforskning u. Told- og Skattehistorisk Selskab. red. v. Henrik Becker-Christensen, Aabenraa 1995, S. 110-128 woher auch die Abbildungen

übernommen wurden.

nationalsozialistischen Expansion aus dem Deutschland der dreißiger Jahre. Als Dänemark 1940 besetzt wurde, hätte Hitler mit einem Federstrich die Grenze zur Königsau verschieben können, wofür die deutschgesinnten Nordschleswiger agitierten. Es war wohl kaum die Rücksicht auf das „blutsverwandte“ dänische Volk, die ihn zurückhielt, in dem „großgermanischen“ Reich konnte der Führer später ohnehin die „Gau“-Grenzen regulieren. Aber 1940 zählte die öffentliche Meinung in den USA ziemlich viel in Hitlers Überlegungen. Und kurz danach zeigte es sich klar, wie bequem die Zusammenarbeit mit einer legitimen dänischen Regierung war. Bis auf weiteres war eine Grenzverschiebung für die deutsche Besatzungsmacht in Dänemark nicht größerer Mühe wert.

Der zweite Anschlag folgte, als das Dritte Reich mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs niedergekämpft am Boden lag. Er begann mit dänischen Raubzugsversuchen, aber fand bald festen Fuß in demokratischem Gedankengang. Das machte die Auseinandersetzung kompliziert, bitter - und besonders interessant.

Der Verlauf

Der Streit um die Grenze dauerte länger als vorhergesehen. Er hätte zu Ende sein sollen, als die Befreiungsregierung dem ersten Vorstoß einen Riegel vorschob. Die Grenze liegt fest, proklamierte Ministerpräsident Vilhelm Buhl, als er am 9. Mai 1945 sein Amt antrat. Es zeigte sich, daß dies nicht zutraf. In Dänemark wurde bald danach kräftig Stimmung für eine grenzpolitische Initiative gemacht. Und in Südschleswig zeichnete sich gleichzeitig eine sehr starke Bewegung ab, die die Eingliederung in Dänemark wünschte. Als die Frage in den Wahlkampf vor der Parlamentswahl im Oktober 1945 geriet, vertraten die Liberalen und die Konservativen vorsichtig neue Standpunkte.

Viele erwarteten, daß die Frage sich erledigen würde, wenn das Wahlfieber gefallen war. Aber daß es anders kommen sollte, kann man dem neuen Ministerpräsidenten Knud Kristensen von der liberalen Partei zuschreiben. Als die dänisch gesinnten Südschleswiger im Mai 1946 verlangten, daß die Regierung sofort eine staatspolitische Initiative ergreifen sollte, setzte er sich in Bewegung. Dies führte im Juni/Juli 1946 zu einer politischen Krise, die sich intern in der Regierung abspielte und den Gegensatz zur Opposition verschärfte. Sie belastete auch das Verhältnis zu England, das als Besatzungsmacht in Norddeutschland auch Südschleswig besetzt hielt. Das Ergebnis war eine klare Niederlage für Knud Kristensen, der sofort klein beigeben mußte. Aber unter dem Eindruck der Agitation für eine nationale Selbstbestimmung mußten die Sozialdemokraten und die Radikalliberalen von dem Standpunkt der festen Grenze abrücken. Theoretisch waren diese Parteien nun auch dafür offen, daß die Grenze ver-

schoben werden konnte, aber unter Bedingungen, die kaum erfüllt werden konnten.

Auch hier hätte der Kampf abflauen können, jedoch die Briten wollten es anders. Als die Besatzungsmacht Ruhe in Südschleswig verlangte, mußte Dänemark Farbe bekennen. Ruhe hatten die Briten seit dem Herbst 1945 versucht herzustellen, indem sie der dänischen Minderheit lästige Rahmen setzten. Sie verboten, daß sie politische Tätigkeit entfaltete. Und sie wollten unterbinden, daß früher deutschgesinnte Südschleswiger den Vereinen der Minderheit beitraten. Nach unzähligen Auseinandersetzungen, intern und mit der dänischen Regierung, stolperten sie über ihre eigenen Beine und gaben nach. Am 9. September teilten sie mit, daß ein Beitritt zur Minderheit nun so gut wie frei sei. Im Gegenzug mußte die dänische Regierung sich dazu bequemen, sofort ja oder nein zur Frage der Einverleibung zu sagen.

Die Antwort kam am 19. Oktober 1946. Es wurde ein Nein. Dänemark wollte keinen Anspruch auf Südschleswig erheben. Aber es war ein Nein, das nicht ganz klar war. Es galt „unter diesen Umständen“. Und es überließ den Südschleswigern, selbst initiativ zu werden, obwohl alle wußten, daß nur die dänische Regierung ernst genommen werden würde. Das Nein war von der Sozialdemokrat!- sehen und radikalliberalen Opposition verlangt worden. Die Verschleierung nahm Rücksicht auf den Ministerpräsidenten. Die liberale Reichstagsgruppe hatte sich dagegen gesperrt, daß Knud Kristensen wegen dieser Frage Neuwahlen ausschrieb. Auch der 19. Oktober 1946 hätte einen Schlußstrich ziehen können, aber die Verschleierung des Neins erlaubte es Knud Kristensen weiterzumachen. Im Laufe des Jahres 1947 verursachte er so viele Konfrontationen in seiner eigenen Partei, daß seine Gegner aufgaben und ihm wegen Südschleswig Neuwahlen im Oktober desselben Jahres erlaubten. Auch diese brachten jedoch eine Niederlage. Obwohl die Liberalen klar siegten, gab es im neuen Parlament keine Mehrheit für eine andere Grenzpolitik als die von der Opposition durchgesetzte. Der Sozialdemokrat Hans Hedtoft bildete nun eine Minderheitsregierung.

Mit der sozialdemokratischen Machtübernahme wendete sich das Blatt. Es sollten jedoch noch viele Jahre vergehen, bevor alle Parteien wieder solide davon überzeugt waren, daß die Grenze von 1920 fest liege. In Dänemark lief die Südschleswig-Bewegung noch mehrere Jahre auf Hochtouren, so daß besonders die Liberalen und die Konservativen deren Standpunkte berücksichtigen mußten, obendrein in gegenseitiger Konkurrenz.

In Südschleswig hatte die dänische Minderheit bei der Landtagswahl im April 1947 knapp 100.000 Stimmen gesammelt. Dies wurde mit Recht dahingehend ausgelegt, daß eine Mehrheit der in Südschleswig beheimateten Bevölkerung

für den Anschluß an Dänemark sei. Die Führung mußte diese lose Bewegung zu einer großen Minderheit umgestalten, die notwendigerweise darauf bauen mußte, daß die Hoffnung auf eine Grenzverschiebung in einer nicht allzu fernen Zukunft erfüllt werden könnte. Dies trug dazu bei, die Unruhe aufrechtzuerhalten.

In Deutschland entstand freilich erst ein neuer schleswig-holsteinischer Teilstaat und 1949 eine neue Bundesrepublik. Im nachhinein erwies diese sich als ein lebensfähiges Staatsgebilde, aber noch zu Beginn der 1950er Jahre konnten Zweifel an ihrer Dauer bestehen. Die Bundesrepublik war in diesen Jahren erst auf dem Wege dahin, in die gute Gesellschaft der westeuropäischen Länder aufgenommen zu werden. Im Verhältnis zu Ostdeutschland herrschte eine Hoffnung auf Wiedervereinigung. Die Erfüllung würde neue internationale Unsicherheit hervorrufen, die sich auch an der deutsch-dänischen Grenze ausgewirkt hätte. Dies schuf eine nervöse Reizbarkeit, die sich erst nach und nach legte. In Schleswig-Holstein kamen andere Komplikationen hinzu. Am schlimmsten war, daß das Bedürfnis, sich um die bürgerliche Landesregierung des Jahres 1950 zu scharen, zu einer rücksichtslosen Behandlung der dänischen Minderheit verlockte.

Die Deutschen waren sozusagen zu spät auf den Platz gekommen. Der Drang, sich ebenfalls im Kampf zu profilieren, war unwiderstehlich, obwohl der Streit da schon längst in Dänemark entschieden war. Zu einem günstigen Zeitpunkt und unter Aufbietung von viel Geschick glückte es, den endgültigen Schlußstrich zu ziehen. Dies geschah zuerst mit den Kopenhagen-Bonner Erklärungen von 1954- 1955, die auch im Lichte des Beschlusses verhandelt wurden, daß Westdeutschland in die NATO aufgenommen werden sollte. Die friedlichen vierzig Jahre, die seitdem vergangen sind, haben uns länger von 1955 entfernt, als man damals von 1920 war.

Nationalitätswechsel

Die Entwicklung in Südschleswig zeigte überaus deutlich, daß nationale Zugehörigkeit wechseln kann. Wir können aufhören, Dänen zu sein, wenn die Umstände danach sind. Und Deutsche können sich vom Deutschen verabschieden, wie Menschen aus allen Völkern auf ihre Zugehörigkeit verzichten können. Normalerweise geschieht dies so selten, daß wir geneigt sind, die Augen zu schließen, wenn es passiert. Aber die Umstände können sich so fundamental ändern, daß die Menschen das Gewohnte verlassen, obwohl der persönliche Preis hoch ist.

Es überraschte beinahe alle. Es gab eine Neigung, die nationale Zugehörigkeit

als eine fast biologische, vorgegebene Tatsache gelten zu lassen. Oder man sah in ihr eine geistige Substanz, die auch nicht verändert werden kann. Beobachter des Grenzlandes wußten zwar, daß dies sich in der Praxis anders verhalten konnte, aber sie neigten dazu, Bruch mit Versagen zu erklären. Wante sich ein Däne dem Deutschen zu, ließ er in Wirklichkeit das ihm eigene im Stich. Und kam er wieder zurück, folgte er einer Stimme, die zu ihm aus dem ursprünglich Vorgegebenen sprach. Nur wenige sahen in der nationalen Zugehörigkeit eine gesellschaftsbedingte Wirklichkeit. Die dadurch bedingten Veränderungen rühren hierher.

Die Bewegung vom Deutschen zum Dänischen mußte in Südschleswig zu Zehntausenden gezählt werden. Gegen Ende des Krieges hatten an die 2000 Südschleswiger zu den Vereinen der dänischen Minderheit gehört. 1947-1948 kulminierten die Beitritte mit ca. 75.000 Mitgliedern. Und bei der Landtagswahl im April 1947 stimmten an die 100.000 Südschleswiger für die dänischen Kandidaten. Die Stärke der Bewegung nahm von Nord nach Süd ab. In der Stadt Flensburg war mehr als jeder zweite Einheimische Mitglied eines dänischen Vereins, in der Stadt Schleswig nur jeder vierte. Und der Umbruch setzte sich markant stärker in den Städten als auf dem Lande durch. So wurde in den Gebieten um Flensburg nur jeder Fünfte dänisch organisiert. Solche Unterschiede sind wichtige Anhaltspunkte, wenn man sich die Bewegung erklären soll.

Man braucht den Komponenten einer Erklärung nicht lange nachzugehen. Es reicht, Deutschland im Jahre 1945 mit Dänemark zu vergleichen. Als Deutschland niedergedrungen am Boden lag, stockte anfänglich auch beinahe die Staatsmaschinerie. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Heizmaterial war phasenweise so spärlich, daß die Menschen hungerten und froren. Südschleswig war überbelegt mit Flüchtlingen, die herbeigeströmt waren, als die sowjetischen Heere die östlichen Provinzen Deutschlands überrannten. Tatsächlich zählte der Landesteil ungefähr gleich viele Flüchtlinge wie Einheimische.

Nicht zuletzt hatte sich der totalitäre, nazistische Staat so sehr in das Dasein der Bürger gefressen, daß beim Zusammenbruch ein Vakuum entstehen mußte. Deutsche Werte waren mißbraucht und bis zur Unkenntlichkeit pervertiert worden. Ein gut Teil der ortsansässigen bürgerlichen Führungskräfte war mehr oder weniger diskreditiert, und viele entsprechende Sozialdemokraten trieben mehr oder weniger bereitwillig in die dänischorientierte Bewegung hinein. Es fehlten kurz gesagt Orientierungspunkte. Hoffnungslosigkeit beherrschte die Sicht auf die Zukunft Deutschlands. Und die Furcht vor dem Kommunismus mußte präsent sein, nachdem die sowjetischen Heere wenige Kilometer östlich von Lübeck Aufstellung genommen hatten.

In dieser Verzweiflung erschien die Eingliederung in Dänemark als Rettung. Es erlangte auf einmal Bedeutung, daß die kleine dänische Minderheit seit 1920 die Hoffnung auf Wiedervereinigung am Leben gehalten hatte. Es mußte also möglich sein, bei Dänemark Gehör zu finden. Hier gab es ein friedliches, gut funktionierendes Gemeinwesen. Gleich auf der anderen Seite der Grenze gab es eine Kultur, die nicht fremder war, als daß es mit der Zeit möglich sein sollte, sich in ihr zurechtzufinden. Hier herrschte soziale Sicherheit. Die vielen Südschleswiger, die sich seit 1945 Dänemark zuwandten, waren auf der Flucht vor dem Ruin der deutschen Gesellschaft. Sie waren jedoch Flüchtlinge, die glaubten, daß sie ihr Heimatland mitnehmen könnten. Die gesellschaftsbedingten Verhältnisse waren so extrem, daß sie zu außergewöhnlichen Reaktionen führten. Die Menschen beteuerten zu Zehntausenden, daß sie ihre nationale Zugehörigkeit wechseln wollten.

Das Selbstbestimmungsrecht

In Dänemark bekannte man sich damals wie heute zum nationalen Selbstbestimmungsrecht. Dies ist die demokratische Art zu entscheiden, ob ein Landesteil zu dem einen oder dem anderen Staat gehören soll. Das Prinzip bewährte sich, als nach dem Ersten Weltkrieg in Nordschleswig Volksabstimmungen durchgeführt wurden. Warum also nicht nach dem Zweiten Weltkrieg in Südschleswig eine Volksabstimmung durchführen, mochten viele sich fragen. Die meisten führenden dänischen Politiker sagten jedoch nein, und die Mehrheit im Parlament folgte ihnen. Aber deren Nein bekam eine eigenartige Form. Da sie das Recht auf Selbstbestimmung bestätigen mußten, sahen sie sich genötigt, den Standpunkt zu vertreten, daß eine Volksabstimmung erst „in einigen Jahren“ vorgenommen werden könne. In wie weiter Ferne das läge, wurde gelegentlich erörtert, jedoch ohne Resultat. In der Praxis bekam es auch keine Bedeutung. Diese Zweideutigkeit in der Sicht der nationalen Selbstbestimmung prägte die Debatte über die Zukunft Südschleswigs.

Die Gegner einer Grenz Verschiebung hatten die Macht, aber es fiel ihnen zunächst schwer, sich etwas einfallen zu lassen. Zunächst probierten sie eine Ablehnung mit dem Argument, daß die Bewegung in Südschleswig konjunkturbedingt sei. Die in der Bezeichnung liegende Geringschätzung deutete an, daß die Südschleswiger das ihnen Ursprüngliche, das Deutsche, verrieten. Und sie ließ Zweifel daran aufkommen, ob sie jemals ordentliche Dänen werden könnten. Ganz verschwand diese Linie in der Debatte nicht, aber sie wurde nach und nach von einer offeneren Haltung überlagert. Wohl wäre es möglich, daß die Südschleswiger die nationale Zugehörigkeit wechselten, aber die Beständigkeit hätte sich mindestens ein oder zwei Jahrzehnte zu bewähren, bevor eine Volks-

abstimmung durchgeführt werden könnte. Dieser Gesichtspunkt konnte nicht ohne weiteres als undemokratisch widerlegt werden, aber natürlich beruhte er auf der Überzeugung, daß sich die Bewegung in Südschleswig auflösen würde. Die Anhänger einer Grenzverschiebung waren ursprünglich Annexionisten. Die Niederlage Deutschlands konnte dazu ausgenutzt werden, daß Südschleswig wieder dänisch wurde. Das Motiv mochte für einige Rache für die deutsche Besetzung Dänemarks sein. Anderen ging es darum, dem Land eine neue Aufgabe zu geben, die seine Kraft nach Jahrzehnten des Defätismus wieder stärken sollte. Mit solchen Gedankengängen hatten kleine dänische Zirkel gegen Ende des Krieges den Freiheitsrat und die britische Regierung zu überreden versucht. Auf die eine oder andere Weise mußte Südschleswig bei der Kapitulation von Deutschland abgetrennt werden. Eine Volksabstimmung konnte dann kommen, wenn die Bevölkerung mit der Zeit für Dänemark gewonnen war. Wenn man denn nicht schlichtweg dafür agitierte, daß widerwillige Deutsche zwangsvertrieben werden müßten.

Erst der gewaltige nationale Umbruch in Südschleswig machte aus den Annexionisten Anhänger des demokratischen Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Hier fanden sie eine insoweit unangreifbare Position. Das Problem war nur, daß sie eine Begründung für die Zurückweisung der Bewährungsprobe finden mußten.

Auch sie wußten genau, daß die Umbesinnung zum Dänischen dem Untergang des Dritten Reiches entsprang. Und die Südschleswiger selbst gaben dieselbe Bewertung preis, indem sie verlangten, daß man sie sofort von Deutschland befreie. Die Begründung fand sich in der Tradition der dänischen Minderheit zu behaupten, daß die Südschleswiger ein eingedeutschter Teil des dänischen Volkes seien. Nun da die deutsche Unterdrückung schließlich zusammengebrochen war, konnte der dänische Kern der Menschen endlich sprießen. Obwohl die Behauptung das Romantische im Nationalgefühl ansprach, überzeugte sie kaum einen Zweifler in Dänemark.

Der Anwendung der Demokratie sind enge Grenzen gesetzt. Kaum ein Staat ist auf der Grundlage des souveränen Volkswillens entstanden, ausgedrückt durch eine Volksabstimmung. Staaten sind auf den Fundamenten einer wirtschaftlich-sozialen Struktur entstanden, die die Grundlage für den Einsatz militärischer Macht bildet. Nach innen kann die Machtausübung durch eine demokratische Methode bestimmt werden, wenn sonst die Bedingungen günstig genug sind. Im Verhältnis zueinander sind die Staaten in eine Struktur eingebunden, die über längere Zeiträume stabil sein kann. Aber es passiert, daß Kriege und wirtschaftlicher oder politischer Zusammenbruch nach drastischen Veränderungen verlangt. In solchen Situationen können Volksabstimmungen dazu benutzt werden,

die staatliche Zugehörigkeit von Landesteilen und Bevölkerungen zu bestätigen oder zu verwerfen. In der Regel wird sie günstige Auswirkungen auf die Dauerhaftigkeit einer solchen Ordnung haben, die man versucht einzuführen. Aber bevor eine Volksabstimmung durchgeführt wird, müssen führende Politiker sich zu einer Neuordnung durchgerungen haben, und sie müssen imstande sein, sie durchzusetzen. Sie müssen nicht nur bestimmt haben, daß eine Volksabstimmung überhaupt durchgeführt werden soll, sondern auch wie und wann dies geschehen soll. Im Streit um Südschleswig einigten sich die dänischen Politiker nur darauf, daß eine Volksabstimmung gegebenenfalls notwendig sei. Es wurde nie aktuell, dazu Stellung zu nehmen, wie sie organisiert werden sollte. Und wann sie durchgeführt werden sollte, wurde mit dem Verweis auf eine ungewisse Zukunft beantwortet. Tatsache war, daß die meisten sich einer Neuordnung widersetzen, obwohl sie in Anbetracht aller Umstände die Macht gehabt hätten, sie durchzuführen. Heute bestreiten nur wenige die Weisheit des Standpunkts, den führende dänische Politiker damals einnahmen.

Der Spielraum

Die Zeit um das Ende des Zweiten Weltkriegs herum war eine der Zeiten des Umbruchs, in der neue Staaten entstanden und Grenzen verschoben wurden. Insofern war eine wichtige Vorbedingung erfüllt, daß Dänemark sich hätte Südschleswig einverleiben können. Aber natürlich war es auch erforderlich, daß die führenden Großmächte zustimmten. Auf die Sowjetunion hätten die Westmächte kaum große Rücksicht genommen. Frankreich hätte sich dem wohl nicht widersetzt. Wesentlich mehr bedeutete es, welche Stellung die USA bezogen. Aber solange Dänemark die Frage nicht vorlegte, gab es für Washington keinen Grund, etwas Besonderes aus seinen Überlegungen herzuleiten. Übrig blieb England, das als Besatzungsmacht in Norddeutschland auch Südschleswig regierte. Obwohl die Grenzfrage nicht formell angeschnitten wurde, existierte sie wegen des nationalen Umbruchs in Südschleswig und der Agitation in Dänemark. In London mußte sorgfältig beraten werden.

Anfang Oktober 1945 beschloß das Kabinett die Leitlinien britischer Politik in Südschleswig. Als wichtigste Feststellung ging man davon aus, daß die dänische Regierung keine Eingliederung Südschleswigs wünschte. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Briten diesen Standpunkt als vernünftig betrachteten. Aber damit hatte Dänemark auch auf das Recht verzichtet, sich südlich der Grenze einzumischen. England wünschte nicht, daß die Regierung in Kopenhagen sich zum Fürsprecher machte, wie die Minderheit in Südschleswig behandelt werden sollte.

Nichtsdestoweniger mischte sich Dänemark fortwährend ein. Als die Minderheit verborgen oder offen für den Anschluß an Dänemark agitierte, wollten die Engländer ihre politische Tätigkeit verbieten. Dänemark protestierte. Der Zustrom zu den Vereinen der Minderheit würde die Forderung nach Abtrennung verstärken und Unruhe schaffen. Als die Briten den Eintritt einen Riegel vorschoben wollten, machte Dänemark Umstände. Die Südschleswiger wollten nicht von Holstein aus verwaltet werden. Die dänische Regierung machte sich zum Fürsprecher ihrer Forderungen. Die Flüchtlinge sollten entfernt werden. Dänemark stellte sich immer wieder auch hinter dieses Verlangen.

Für die britische Militärregierung in Kiel war die dänische Einmischung eine Pestilenz. Für die britische Zentralverwaltung in Norddeutschland war sie Anlaß starker Irritation. Und im Foreign Office in London griff man sich nachsichtig an den Kopf. Niemand war darüber im Zweifel, daß die Regierung in Kopenhagen mit ihren Eingaben der öffentlichen Meinung in so gut wie allem folgte, wenn sie bloß nicht die Grenzfrage zu stellen brauchte.

Die ewigen dänischen Ersuchen wurden den Briten schon bald zu viel. Sie wollten Ruhe in ihrem Teil Deutschlands haben, und sie duldeten an anderen Orten in Europa keinen Wirbel um nationale Fragen. Die Lösung war daher, zu verstehen zu geben, daß Dänemark selbst Südschleswig übernehmen könnte. Dies wurde Christmas Møller gesagt, als er als Außenminister der Befreiungsregierung dem Foreign Office im August 1945 einen Besuch abstattete. Es wurde im November wiederholt, als der Direktor des Außenministeriums zu Besuch war. Es wurde gegenüber dem Außenminister der liberalen Regierung, Gustav Rasmussen, betont, der im Januar 1946 auch eine Reise in die englische Hauptstadt unternehmen mußte. Im April des Jahres 1946 erhielt Botschafter Reventlow den gleichen Bescheid. Und schließlich tauchte dieser am 9. September 1946 in einem offiziellen Memorandum auf, das das Foreign Office der Presse zuspielte. Dänemark hatte nun den Stuhl vor die Tür gestellt bekommen, so daß die Regierung sich entscheiden mußte.

War es den Briten ernst? Ja, wahrscheinlich. Zwar rechneten sie ganz richtig mit einem dänischen Nein, aber ein Ja konnten sie nicht ausschließen. Die lange Reihe der Äußerungen kam unter der Hand. Im April 1946 war davon die Rede, die Mitteilung offiziell zu geben, aber sie wichen zurück. Als die Frage sich dennoch aufdrängte, wurde sie im August gründlich im Rahmen einer Konferenz auf Beamtenebene beraten. Und als die britische Zentralregierung in Berlin kurz danach kalte Füße bekam, entschied das Foreign Office, daß man auf deutsche Gefühle auch nicht so große Rücksicht zu nehmen brauche. Der Vorteil, zu einer klaren Entscheidung zu kommen, wog das Risiko auf, daß Deutschland eine trotz allem kleine, periphere Provinz abtreten mußte.

Die Briten gaben mehr Spielraum, als Kopenhagen gewohnt gewesen war, solange Dänemark im deutschen Schlagschatten lag. Nach Hitlers Niederlage war das Land auf einmal zur britischen Sphäre geworden. Hier mußte es mit allen guten Mitteln festgehalten werden, über die England verfügte. Neben Südschleswig gab es auch anderes, was das Verhältnis belastete. Der Kurs der Krone, die Landwirtschaftspreise, die Flüchtlinge in Dänemark und nicht zuletzt der militärische Beitrag Dänemarks zur Besetzung Deutschlands. England mußte sich gegenüber so vielen anderen dänischen Wünschen ablehnend verhalten, daß es sich dies nun auch noch wegen Südschleswig kaum erlauben konnte. Und überhaupt war Englands Position in Europa ziemlich prekär. Das Land war in den Krieg gezogen, um zu verhindern, daß es durch eine feindliche Macht vom Kontinent her bedroht werden könnte. Im Kielwasser von Deutschlands Niederkämpfung tauchte dann die sowjetische Gefahr auf. Die kommunistische Einverleibung war bereits bedeutend. Würde sie noch größer, könnte die Gefahr Überhandnehmen. Die westeuropäischen Länder benötigten wirtschaftliche Hilfe und militärische Sicherung. Da Großbritannien selbst zu schwach war, mußte es sich auf die USA verlassen. Solange die öffentliche Meinung hier nicht für ein Verbleiben der Amerikaner in Europa gestimmt war, mußte England mit größeren Belastungen rechnen, als es tragen konnte. Die Stimmung im Foreign Office war von Nervosität geprägt. Es war notwendig, daß auch die kleineren europäischen Länder ihren Platz hielten. Wenn nötig mußten sie in kleineren Fragen etwas längere Leine haben. Ob das im kleineren Maße auch Deutschland betraf, bedeutete nicht viel. Gegenüber der sowjetischen Gefahr waren die westlichen Besatzungszonen ohnehin auf England und die USA angewiesen. Außenminister Gustav Rasmussen muß zumindest befürchtet haben, daß es die Engländer mit ihrem Angebot ernst meinten. Es war sein schweres Los, seinen Ministerpräsidenten auf dem schmalen Pfad der Tugend zu halten. Bis September 1946 vermied er es sorgfältig, daß man Knud Kristensen berichtete, welchen Spielraum die britischen Äußerungen eröffneten. Allerdings hatte dies kaum entscheidende Bedeutung, da der Ministerpräsident auf anderem Wege unterrichtet wurde. Aber es deckt auf, welche Gefahr Gustav Rasmussen in der englischen Politik sah. Für ihn wie für den größten Teil des auswärtigen Dienstes, aus dem er kam, bedeutete ein dänischer Erwerb Südschleswigs nahezu eine Katastrophe. Kleinere Länder können in Umbruchzeiten größere Bewegungsfreiheit haben, als es ihren meist besonnenen Führern lieb ist.

Volksstimmung und Bremsklötze

Wenn die Stimme des Volkes direkt den Ausschlag gegeben hätte, wäre Dänemark verpflichtet gewesen, Südschleswig anzunehmen. Die Engländer gaben,

nach allem zu urteilen, dazu den Spielraum. Eine Mehrheit in der einheimischen Bevölkerung in Südschleswig selbst wünschte dies. Und unter den dänischen Wählern gab es eine vorherrschende Stimmung, eine Volksabstimmung in Südschleswig durchzuführen. Es bestand also ein klarer Widerspruch zwischen der öffentlichen Meinung in der Bevölkerung und der politischen Führung. Nach Belieben kann man sich über den Leichtsinn des Volkes oder den Mut der Politiker wundern, der Stimmung zu widerstehen. Auf jeden Fall muß man die Frage nach der öffentlichen Meinungsbildung und dem Entscheidungsprozeß stellen. Warum veränderte sie sich, und wie wirkten die Bremsklötze?

Die Volksstimmung wurde schnell zugunsten Südschlewigs gewonnen. Die Aktivisten waren frühzeitig in einer schlagkräftigen Organisation vereinigt. Sie hatten leichten Zugang zu Geld, und dank existierender Vereinigungen konnten sie leicht regionale Leiter finden, die die Arbeit auf sich nehmen wollten. Aber viel wesentlicher, die Agitation entfaltete sich in einer Bevölkerung, die nach fünf Jahren Besatzung leicht zu gewinnen war. Sie war offen für demokratische Argumente und äußerst empfänglich für alles, was gegen Deutschland gerichtet war. Im Februar 1946 legte die Bewegung die mit fast 500.000 Eintragungen größte Unterschriftensammlung der dänischen Geschichte vor. Im Vormonat hatten gut 70 Prozent der Bevölkerung zu erkennen gegeben, daß sie für eine Volksabstimmung in Südschleswig eintraten. Man kann vielleicht die Behauptung wagen, daß das Ergebnis kaum weniger überzeugend gewesen wäre, wenn das Meinungsforschungsinstitut Gallup früher tätig geworden wäre.

An sich machten diese starken Manifestationen keinen Eindruck auf die führenden Politiker. Skeptiker konnten leicht ausrechnen, daß 500.000 Unterschriften für eine Forderung nach Südschlewigs baldiger Lostrennung von Deutschland nicht einer Mehrheit in der Bevölkerung entsprachen. Und sie fanden wohl, daß es eine Sache war, für eine Volksabstimmung in Südschleswig zu stimmen, jedoch eine andere, diesen Wunsch bei der Wahl der Kandidaten und Parteien für das Parlament entscheiden zu lassen. So viele andere Faktoren konnten gewichtiger sein, wenn die Wähler ihren Stimmzettel ankreuzten. So dachten wohl besonders die sozialdemokratischen und radikalliberalen Führer. Und die Agitation war auch nur wenige Wochen gelaufen, als die Führer der Liberalen und Konservativen den Manifestationen Vorriffen. Im August/September 1945 machten sie sich zu Befürwortern einer Volksabstimmung in Südschleswig in einigen Jahren. Weitere direkte Bedeutung bekam die öffentliche Meinung nicht. Der Ministerpräsident wollte es indessen anders. Er hätte der wichtigste Bremsklotz sein können, aber als solcher fehlte er. Obwohl recht unklar in seiner Rede, trat er manchmal auf, als wenn er der Bannerträger der Agitation wäre. Politische Gegner führten dies auf seinen zynischen Opportunismus zurück, der nur

den nächsten Wahltermin im Auge hatte. Einiges deutet darauf hin, daß er so anfang, aber es lag doch mehr darin. Man kann es auch nicht damit abtun, daß ihm seine Ehrsucht gebot, für seine Worte geradezustehen. Insofern auch nicht damit, daß er mit der Zeit echtes Interesse an Südschleswig gewann.

Entscheidend war nach allem zu urteilen, daß er mit den nationalen Werten, zu denen der Kampf um Südschleswig aufrief, wieder eine bürgerliche dänische Regierung etablieren wollte. Ihm war auch nicht unlieb, daß er damit die Liberalen auf Kosten der Konservativen profilieren konnte, aber es war die Neuetablierung, die zählte. Mehr als Deutschland war der Feind die gesamte Kultur, die die heimischen Radikalliberalen und Sozialdemokraten vertraten: der akademische Rationalismus, der Sozialismus, die Arbeiterbewegung, kurz gesagt die gesamte Modernität. Jütisch ist keine schlechte Sprache, unter Juten. Er wollte die sozialdemokratisch-radikalliberale Reformkoalition schlagen, die Dänemark seit 1929 bis zur Unkenntlichkeit regiert hatte.

Die Radikalliberalen und Sozialdemokraten ihrerseits revanchierten sich für die Feindschaft. Wie die Volksstimmung war, konnten sie sein Programm der nationalen Neuerstehung nicht direkt angreifen. Aber sie widersetzten sich mit Zähnen und Klauen einer Fortführung seiner südschleswigschen Politik. Den Sozialdemokraten war es auf jeden Fall zuwider, daß nationale Themen das Wohlfahrtsprogramm aus dem Zentrum des politischen Interesses verdrängen sollten. Sobald sie wieder an die Macht gekommen waren, bemühten sie sich, Südschleswig auf der Tagesordnung nach unten rutschen zu lassen. Dies glückte ihnen nur teilweise, aber die Absicht war deutlich genug. Dieser fundamentale Gegensatz lag in dem Streit um Südschleswig. Knud Kristensen wollte es so.

Dies war jedoch nur ein weiteres Motiv, die Volksstimmung zu bremsen. Ein anderes lag in der Sorge um Dänemarks äußere Position auf längere Sicht. Beide Motive hatten Gewicht bis weit in die liberalen und konservativen Reichstagsgruppen hinein. Das erste, weil viele bürgerliche Führer längst eingesehen hatten, daß Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung eine Notwendigkeit war. Das zweite, weil es eine gemeinsame Furcht vor Deutschland gab. Erst als Knud Kristensen 1949 das Parlament verließ, wurde offenbar, wie isoliert er in Wirklichkeit im bürgerlichen Lager gestanden hatte.

Das Verhältnis zu Deutschland

Die Furcht vor Deutschland lag Politikern und Beamten im Blut. Fünf Jahre lang hatten sie sich mit der Besatzungsmacht herumschlagen müssen, um so viel wie möglich zu retten. In den dreißiger Jahren mußten sie den Atem anhalten, während die Nazis aufwiegelten und aufrüsteten. Die zwanziger Jahre hatten

eine Verschnaufpause bedeutet, aber die meisten konnten sich an die Angst der Jahre 1914-1918 und an die Abhängigkeit des kleinen Dänemark vom Kaiserreich erinnern. Wie Deutschland seine Macht nach dem Ersten Weltkrieg wiedergewonnen hatte, würde es dies auch nach dem Zweiten Weltkrieg tun.

Vergriff Dänemark sich, würde es das früher oder später büßen müssen. Südschleswig im Jahre 1945 war nicht wie Nordschleswig 1918. In der preußischen Zeit hatte sich die dänische Bewegung am Leben gehalten. Durch Jahrzehnte hindurch hatte sie eine Mehrheit in der nordschleswigschen Bevölkerung manifestiert. Im Südschleswig der Zwischenkriegszeit war dies anders. Wie man esaucl drehte und wendete, machte das Dänentum nur eine verschwindende Minderheit aus. Die Mehrheit, die sich seit 1945 abzeichnete, hatte zuvor nicht davon geträumt, den Blick nach Norden zu wenden.

Würde Südschleswig einverleibt, müßte Dänemark für lange Zeit mit einer deutlichen Minderheit rechnen, die ungefähr die Hälfte der Bevölkerung ausmachte. Sollte Deutschland Reichtum und Stärke wiedergewinnen, könnte die Minderheit zu einer Mehrheit werden. Es brauchte Dänemark nicht schlecht zu gehen, damit ein guter Teil der neuen, dänischorientierten Bewegung dem Land den Rücken kerkern würde. Die Leute würden bloß aus Gewohnheit, Bequemlichkeit oder Treue wiederentdecken, wie tief deutsche Kultur in ihnen saß. Und allein wegen seiner Größe würde Deutschland vielen so viel bessere Möglichkeiten eröffnen, daß sie diesen Weg vorzögen. Selbst wenn es nicht so gehen sollte, wäre eine große deutsche Minderheit eine Quelle ewiger Unruhe. Würde sie von Deutschland unterstützt, könnte sie vielleicht unabwendbare Forderungen stellen. Dies könnte zu einer unerwünschten Gesetzgebung führen und die außenpolitische Handlungsfreiheit beschneiden.

Heute kann man leicht sehen, daß die Furcht berechtigt war. Deutschland ist längst wieder reich und stark geworden. Dänemark kann sich darüber freuen, daß dessen Verteidigung mit der NATO verflochten ist. Deutschland war vom Anfang im Jahre 1958 an Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Die Deutsche Mark gewann eine solche internationale Stärke, daß die Krone sich nach und nach auf sie stützen mußte, als 1971 die Verknüpfung des Dollars mit dem Gold aufgehoben wurde. Die Abhängigkeit wurde in Wirklichkeit dadurch gemildert, daß Dänemark 1973 in die EG eintrat, wo auch andere Länder saßen. Dieser Vorteil wird nicht geringer werden, wenn Deutschland die unmittelbaren Schwierigkeiten nach der Wiedervereinigung überwunden hat.

Für diese gesamte Entwicklung war es günstig, daß die nationale Streitaxt 1955 begraben wurde. Es waren keine großen Probleme, die noch ausstanden. Dänemark hatte 1949 letztmalig britische Hilfe benutzt, um seine Minderheit zu sichern. Aber die Vereinbarung war einem widerwilligen Schleswig-Holstein auf-

gezwungen worden, das gewünscht hatte, daß die neue Bundesrepublik direkt mit Dänemark verhandelte. Kurz danach, bereits 1950-1951, erklärte Bonn sich dazu bereit. Jedoch wollte die dänische Regierung sich nicht darauf einlassen, weil man die öffentliche Meinung dafür noch nicht reif hielt, Weder in Dänemark noch in Südschleswig. Erst als die Aufnahme Deutschlands in die NATO Kopenhagen zum Handeln zwang, zeigte es sich schließlich, daß die Ressentiments verhältnismäßig leicht überwunden werden konnten.

Die Kopenhagen-Immer Erklärungen entfernten die Grundlage des schleswig-holsteinischen Widerwillens, weil die Deutschen nun selbst die Verhandlungen führten. Dänemarks Bedingungen wurden im großen und ganzen alle respektiert. Dies findet ohne Zweifel seine Erklärung in der stillschweigenden deutschen Würdigung, daß Dänemark in den Jahren unmittelbar nach der Kapitulation von einer Grenzverschiebung abgesehen hatte. Wie die Deutschen sonst auch immer andere Teile der dänischen Südschleswigpolitik bewerteten, war dies eine grundlegende Tatsache, die Anerkennung hervorrufen mußte.

Es war nicht das Verdienst des dänischen Volkes. So viele hatten sich im Gegenteil für Südschleswigs Wiedervereinigung mit Dänemark ausgesprochen, daß die überwiegende öffentliche Meinung dafür gewonnen wurde. Aber mit Unterstützung in allen Reichstagsgruppen hielt eine kleine Schar führender Politiker daran fest, daß Dänemark sich nicht auf einen so riskanten Kurs begeben sollte. Sie bildeten die Bremsklötze in unserer parlamentarischen Demokratie. Ihnen ist es zu verdanken, daß der Zweck erreicht wurde. Viele sahen nicht ein, daß das Herz heiß sein konnte, obwohl der Kopf kalt blieb. Die Bremsklötze mußten viel Kritik über sich ergehen lassen, aber sie nahmen die Verantwortung auf sich, die sie als demokratisch gewählte Politiker nicht von sich schieben konnten.

Übersetzung: Dieter Brandt

Sinti und Roma erstmalig im Minderheitenbericht

-uk- KIEL. Die nach eigenen Angaben etwa 5.000 Sinti und Roma in Schleswig-Holstein finden als Minderheit im dritten Minderheitenbericht der schleswig-holsteinischen Landesregierung erstmalig Erwähnung. Das hat die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) gestern bei der Vorstellung des Berichtes in Kiel erklärt.

Das geplante Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) sei ein Schwerpunkt der aktuellen Minderheitenpolitik im nördlichsten Bundesland. Im Blick auf die europäische Ausrichtung des EZM sei „eine europäische Mitfinanzierung des Zentrums unbedingt erforderlich“.

Die offizielle Einladung an die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig zum dänischen Volksfest am 11. Juli 1995 in Düppel anlässlich der 75jährigen Angliederung Nordschleswigs an Dänemark sei „von besonderer Bedeutung“ gewesen, sagte die Ministerpräsidentin. Die Volksgruppe mit ihren rund 20 000 Angehörigen habe 1995 von der Landesregierung Zuschüsse in Höhe von 3,6 Millionen DM erhalten; knapp zwei Millionen DM gingen an die deutschen Schulen in Nordschleswig.

Die Untertützung der etwa 50 000köpfigen dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig seitens der Landesregierung belief sich 1995 auf 53 Millionen DM; die Zuschüsse flossen überwiegend in die Finanzierung von Schulen und Kindertagesstätten. Hinzu kamen Zuschüsse der Städte, Ämter und Gemeinden. Das Nordfriesische Institut, Bredstedt, erhielt 1995 eine Förderung aus Landesmitteln in Höhe von 380 000 DM. Die Zahl der Friesischsprechenden im Kreis Nordfriesland liegt bei etwa 10 000. „Die Zahl derer, die sich als Nordfriesen fühlen, dürfte um das Zwei- bis Dreifache höher liegen“, meinte Simonis.

Die erstmalige Einbeziehung der Sinti und Roma in den Minderheitenbericht sei ein erster Schritt, ihrer immer noch vorhandenen Diskriminierung durch stärkere politische Beachtung und Unterstützung entgegenzuwirken, betonte die Regierungschefin und begrüßte die Initiative der Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave (SPD), die Sinti und Roma an den Gesprächen für ein Kontaktbüro der innerdeutschen Minderheiten – Sorben in der Lausitz, Dänen in Schleswig, Friesen in Nordfriesland – in Bonn zu beteiligen.

Der Landtag hat seine Debatte über den Minderheitenbericht auf Freitag, 26. Januar, festgesetzt.

Nordschleswiger, 18.1.1996

Deutsche Volksgruppe erfüllt in gleicher Weise besondere Brückenfunktion wie dänische Minderheit

-uk- Kiel. Im – nach 1986 ersten, 1992 zweiten und jetzt dritten – Minderheitenbericht der schleswig-holsteinischen Landesregierung für die 13. Legislaturperiode (1992-1996) werde „die besondere Brückenfunktion der dänischen Minderheit erwähnt, die mit ausschlaggebend für die guten Beziehungen zwischen Deutschland, Schleswig-Holstein und Dänemark ist. Ich denke, diese Brückenfunktion erfüllt in gleicher Weise die deutsche Minderheit in Dänemark“, hat Landtagsabgeordnete Ursula Röper (CDU), Scheersberg/Angeln, gestern in der Debatte des Schleswig-Holsteinischen Landtags in Kiel unterstrichen. Die Teilnahme der Volksgruppe und die Rede des BdN-Hauptvorsitzenden Hans Heinrich Hansen, Heisagger, auf dem dänischen Volksfest am 11. Juli 1995 in Düppel anlässlich der Angliederung Nordschleswigs an Dänemark vor 75 Jahren sei „ein weiterer Schritt nach vorn gewesen im Miteinander im Grenzland“, sagte Röper. Ein besonderer Dank „für engagierten und unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Minderheiten“ gelte Sekretariatsleiter Siegfried Matlok, Kopenhagen, sowie dem Grenzlandbeauftragten Kurt Schulz (SPD), Eckernförde. Im Blick auf die Aufnahme von Niederdeutsch in Teil III der im Minderheitenbericht erwähnten Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarates forderte Röper eine Aufstockung der halben Stellen beim Niederdeutsch-Zentrum und beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB). Die im Bericht ebenfalls erwähnten vier deutschen Grenzverbände bedürften „einer gesicherten finanziellen Unterstützung“, mahnte Röper. „Die zum Teil erheblichen Einschnitte der letzten Jahre, gerade beim Deutschen Grenzverein und auch beim SHHB, geben Anlaß zur Sorge.“ Ihre – wenn auch gewandelte – Tätigkeit bleibe bestehen: „Das partnerschaftliche Zusammenleben zu fördern und zu unterstützen, kulturelle, historische und soziale Entwicklungen zu begleiten und aufzuarbeiten sowie vor dem Hintergrund der Historie die Ausgewogenheit in der Grenzregion zu stärken.“ Röper zitierte hier aus der Rede des BdN-Hauptvorsitzenden, der beim Jahresempfang des Grenzvereins Anfang Januar auf dessen „wichtige Funktion für die Nordschleswiger“ hingewiesen hatte, „da die deutsch-nordschleswigsche Identität auf Impulse von südlich der Grenze angewiesen ist.“

„Die Regierung muß über ihre Pflicht an die deutschen Grenzverbände nachdenken“, forderte auch Oppositionsführer und CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Otfried Hennig, Strande (bei Kiel), nachdem er zuvor Kritik der Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) am Bund – u. a. wegen einer 1994 abgelehnten Achtungsklausel für Minderheiten im reformierten Grundgesetz – zurückgewiesen hatte. Abgeordneter Karl Otto Meyer (SSW), Schafflund, sprach sich gegen ein

„gemeinsames Handeln der Minderheiten“ aus, „weil ich nicht den Eindruck erwecken möchte, daß die Minderheiten gemeinsam taktisch an die Regierungen in Bonn oder Kopenhagen Anträge stellen. Dies könnte leicht dazu führen, daß die Regierungen über die Köpfe der Minderheiten entscheiden.“

Meyer antwortete damit auf eine Anregung von Ute Erdsiek-Rave (SPD), im „komplizierten grenzüberschreitenden Prozeß könnten beide Minderheiten eine wichtige Rolle spielen“, zumal die deutsch-dänische Grenze festliege und gleichzeitig in Europa an Bedeutung verliere. „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beider Minderheiten wächst langsam.“

Nach der erstmaligen Aufnahme der Sinti und Roma in den Minderheitenbericht komme es „vielleicht in einigen Jahren zu einem weiteren Kapitel: den in Schleswig-Holstein lebenden Türken mit inzwischen deutscher Staatsbürgerschaft“. Schleswig-Holstein und Dänemark hätten „die Minderheitenfrage auf vorbildliche Weise geregelt“, stellte auch FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Ekkehard Klug, Kiel, fest, äußerte jedoch „Zweifel, ob es glücklich ist, den Minderheitenbericht stets am Schluß einer Legislaturperiode vorzulegen. Besser wäre dieses „in der ersten Hälfte oder Mitte der Wahlperiode“ wegen der politischen Umsetzung in den Ausschüssen.

Nordschleswiger, 27.01.96

EU-Kommissarin Wulf-Mathies: EZM wünschenswerte Institution in Europa

(hg) SONDERBURG. Die Einrichtung eines Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (EZM) hält die in der EU für Regionalpolitik zuständige deutsche Kommissarin Monika Wulf-Mathies für eine wünschenswerte Institution. Sie stehe dem Projekt positiv gegenüber, erklärte sie auf Frage des Nordschleswigers gestern im Sonderburger Innovations- und Technologiepark, als sie sich im Rahmen ihres Dänemark-Besuchs über die von Brüssel finanziell geförderten Interreg-Vorhaben im deutsch-dänischen Grenzraum informierte.

Ein Zentrum, das sich mit Fragen der Minderheiten befasse, halte sie schon deshalb für außerordentlich wichtig, weil der europäische Gedanke durch den vielerorts aufkeimenden Nationalismus gefährdet werde. In diesem Zusammenhang hob sie das Verhältnis der Bevölkerung im deutschdänischen Grenzland mit seinen beiden Minderheiten als vorbildlich hervor.

Zu einem möglichen Standort bezog die Kommissarin keine Stellung.

Mit ihrer positiven Haltung zum EZM befindet sich Monika Wulf-Mathies auf der Linie des EU-Parlamentspräsidenten Klaus Hänsch, der während eines Besuchs bei der deutschen Volksgruppe im vergangenen Jahr über das

Minderheitenzentrum gesagt hatte, es könnte „ein Markt für Ideen“ sein. Der Wille zur europäischen Idee, so Hänisch damals, werde im Grenzland besonders stark vorgelebt. Die positiven Erfahrungen, meinte der Präsident, müssten weitergegeben werden.

Nordschleswiger, 31.1.96

Frederik Rudbeck 80 Jahre

(N) NYBORG. Der frühere Landes Sekretär des „Grænseforeningen“, Frederik Rudbeck, Karseløkken 9, Nyborg, wurde am Sonntag, 25. Februar, 80 Jahre alt. Rudbeck wurde in Berlin geboren, wo sein Vater Kommunalbeamter der (damaligen) Stadt Schöneberg war. 1927 zog die dänischorientierte Familie zurück ins heimatliche Hadersleben. Rudbeck erlernte den Beruf eines Landwirts und bewirtschaftete einige Jahre lang einen Hof in Gabel bei Woyens; zudem engagierte er sich in „Det Unges Grænseværn“ und in der Venstre-Jugend.

1945 wurde Rudbeck Reisesekretär des „Sydslesvigsk Udvalg“ und sammelte in dieser Eigenschaft Hunderte von Unterschriften für eine sog. Loyalitätsadresse dänisch gesinnter Südschleswiger vom 21. Juni 1945 mit der Forderung, den Landesteil Schleswig „Dänemark einzugliedern“, was „dem objektiven Willen der Bevölkerungsmehrheit“ entspreche.

Nach seinem Wechsel als Reiseinspektor zum „Grænseforeningen“ 1952 betreute Rudbeck dessen Ortsvereine, die insgesamt 200 000 (heute: knapp 40 000) Mitglieder zählten. Später wirkte Rudbeck als Landessekretär des dänischen Grenzvereins, bis er 1987 in den Ruhestand trat.

In seiner Tätigkeit als Referent wurde Rudbeck nicht nur in der dänischen Minderheit, sondern auch in weiten Teilen Dänemarks bekannt, ebenso als Autor des informativen Reisehandbuchs „På opdagelse i Sydslesvig“ sowie als Verfasser zahlloser Beiträge in „Flensborg Avis“, in denen er sich unermüdlich mit Grenzland und Minderheitenfragen sowie kritisch mit der deutschen Volksgruppe auseinandersetzte, die sich mit ihm auch in diesen Spalten in der Vergangenheit erhebliche Schlagabtausche lieferte. Vorübergehende Krankheit bewog Rudbeck zu einem frühzeitigen Rückzug aus der Öffentlichkeit.

Auf seine jahrzehntelange Lektüre des Nordschleswigers mag Rudbeck dabei nicht verzichten: „Ich habe selbst alle Jahre zu den kritischen Lesern des Blattes gehört“, schrieb er zum 50jährigen Jubiläum der Zeitung. „Sie machen ein interessantes Blatt, das ich auch heute mit großem Interesse lese.“ Der Nordschleswiger gratuliert.

Nordschleswiger, 22.2.96

Kirchturmspolitik steht Kooperation im Wege

SPD-Diskussionsrunde: Insbesondere deutsch-dänische Zusammenarbeit ist kaum vorangekommen

FLENSBURG. Zusammenarbeit auf allen Ebenen heißt die Zauberformel, mit der die Region die Herausforderung der Zukunft meistern kann. Davon zeigten sich alle Teilnehmer einer Podiumsdiskussion zur „Zukunftsregion Flensburg“ überzeugt, zu der die SPD-Ortsvereine West, Mitte und Nord ins Restaurant „Borgerforeninger“ geladen hatten.

Einer Bündelung der Kräfte stehe aber vielerorts noch die alte „Kirchturmspolitik“ im Wege. Das gelte insbesondere für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. „Bei der deutsch-dänischen Kooperation sind wir in den letzten Jahren kaum weitergekommen,“ bedauerte der SPD-Landtagsabgeordnete Lothar Hay. Lediglich zur Mitnahme von Interreg-Mitteln der Europäischen Gemeinschaft sei es zu einer punktuellen Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Sønderjylland und der Region Flensburg gekommen.

Für die Stagnation bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit machte der SPD-Abgeordnete vor allen Dingen die Bequemlichkeit auf beiden Seiten verantwortlich. Ein weiterer Grund sei die nach wie vor kaum vorhandene Sprachkompetenz auf deutscher Seite.

Dem konnte Thomas Friedrich, Dozent der Flensburger Fachhochschule und bürgerschaftliches Kulturausschußmitglied für die CDU, nur zustimmen. Durch die fehlende Sprachkompetenz auf deutscher Seite sah er auch die Zukunft eines Vorzeigeprojektes der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, den deutsch-dänischen Studiengang für betriebliches Management und Bildung, für gefährdet an.

„Wegen der fehlenden dänischen Sprachkenntnisse nimmt die Anzahl der deutschen Studenten ab. Die immer ungleichere Verteilung von dänischen und deutschen Studenten hat bereits zu einem vernehmbaren Knirschen geführt“, erklärte er.

Im Gegensatz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sahen die Teilnehmer der Podiumsdiskussion bei der Kooperation der südschleswigschen Kommunen zumindestens ein paar hoffnungsvolle neue Ansätze. Als Beispiel wurden das gemeinsame Gewerbegebiet von Flensburg und Handewitt, die Kooperation bei der Spielbankbewerbung von Glücksburg und Flensburg und die vergrößerte Wirtschaftsförderungsgesellschaft genannt.

„Diese Beispiele sollten Schule machen. Wir brauchen solche Projekte zur Einübung der Zusammenarbeit“, meinte der Flensburger Stadtentwicklungsplaner,

Dr. Wolfgang Börstinghaus.

*Uwe Sprenger in:
Flensburg Avis, 16.2.96*

Dänisch an einem deutschen Gymnasium dem Rotstift zum Opfer gefallen Kiel. In einer Zeit, da – besonders von den Politikern in Kiel – viel über die Bedeutung der dänischen Sprache für die gesamte Bevölkerung in Südschleswig gesprochen wird, haben 23 Schülerinnen und Schüler des Goethe-Gymnasiums in Flensburg eine abschlägige Antwort auf ihren Antrag bekommen, zweistündigen Dänischunterricht zu erhalten. Der Unterricht hätte sogar nachmittags auf freiwilliger Basis stattfinden sollen. Dies geht aus der Antwort von Kultusministerin Gisela Böhrk (SPD) auf eine von Karl Otto Meyer (SSW) in der Fragestunde des Landtags gestellte Frage hervor.

„Dafür gibt es leider keine Mittel. Aber gerade aus Ersparnisgründen bietet sich eine Zusammenarbeit mit anderen Schulen an, zum Beispiel mit dem dänischen Gymnasium“, sagte die Ministerin, nachdem verschiedene Zusatzfragen nach den Initiativen der Regierung zur Förderung des Dänischunterrichts an den öffentlichen Schulen die Ministerin sichtlich in Verlegenheit gebracht hatten.

„Der dänische Schulverein hat schon auf frühere Bitten hin geholfen, indem man Pädagogen zur Verfügung stellte“, sagt Schuldirektor Andresen (vom dänischen Schulverein). Der Schuldirektor bekräftigt den guten Willen des Schulvereins. Gleichzeitig betont er, daß es sich um Ausnahmen handeln müsse. „23 Schülerinnen und Schüler machen schon einen Kurs aus, und ich kann in dem Vorschlag keinen Einsparungseffekt erkennen. Selbst wenn wir von der unterschiedlichen Pädagogik absehen, können die dänischen Schulen doch wohl nicht die Probleme der öffentlichen Schule mit dem Dänischunterricht lösen“, hebt Hans Andresen hervor.

*Raning Krueger, in: Flensburg Avis, 23.2.1996
(Übersetzung: Dieter Brandt)*

Mehr Deutsch: „Das ist ganz vernünftig“

Künftig fünf statt eine Deutschstunde in den ersten Klassen der Schulen der dänischen Minderheit/Unveränderte Zielsetzung

-uk- FLENSBURG/APENRADE. Mit Beginn des Schuljahres 1997/98 werden die dänischen Schulen im Landesteil Schleswig den Anteil des Deutschunterrichtes in der Klassenstufe eins von einer auf fünf Wochenstunden erhöhen. Zu diesem

Entschluß ist der „Dansk Skoleforening“, Flensburg, auf Empfehlung seiner Lehrer gekommen.

Derzeit werden in den 1. Klassen wöchentlich eine Deutsch- und neun Dänischstunden und in den 2. Klassen sechs Deutsch- und acht Dänischstunden unterrichtet. Künftig sollen es in der 1. Klasse fünf Deutsch- und sieben Dänischstunden, in der 2. Klasse fünf Deutsch- und neun Dänischstunden sein. Die einzelnen Schulen können dabei selbst entscheiden, ob sie in den Fächern Musik und Kunst integrativ auch die Sprache oder getrennt unterrichten. Somit muß die Gesamtstundenzahl nicht erhöht werden.

Die heutige Regelung von einer Dänischstunde in den ersten Klassen gibt es erst seit dem Schuljahr 1990/91. Sie beruht auf Erfahrungen, die Lehrer der dänischen Privatschulen bei Fortbildungsmaßnahmen in dänischen Lehrerfortbildungseinrichtungen wie dem damaligen Staatseminar Tønder und der „Danmarks Lærerhøjskole“ (DLH) gemacht haben, erklärte Schulrat Hans Andresen, Flensburg, gestern dem Nordschleswiger.

„Auf etlichen Lehrerkursen wurde das Thema Zweisprachigkeit erörtert“, sagte Andresen. „Die Initiative“ für mehr Deutschstunden „geht von den Lehrern aus, nicht etwa von den Eltern oder der Schulverwaltung.“ Nach fünf Schuljahren unterschiedlicher Versuche in sechs dänischen Schulen „sind wir jetzt der Überzeugung“, daß die vermehrten Deutschstunden „nicht zuungunsten der dänischen Sprache ablaufen“.

„Einige Eltern haben Bedenken, daß wir etwas an der Zielsetzung der dänischen Schulen ändern oder uns in Richtung Sprachschulen entwickeln. Das ist nicht der Fall!“, betonte der „Skoledirektør“ im Blick auf die schulpolitische Debatte in der Elternschaft der dänischen Schulen.

„Es kann nicht davon die Rede sein, daß wir die Schulen völlig umkrepeln“, unterstrich Andresen. Die geplanten Veränderungen seien „ganz vernünftig“. Deutsch- und Dänischlehrer der Klasse eins hätten die in beiden Fächern zu behandelnden Themen beim Lesen- und Schreibenlernen miteinander didaktisch und methodisch abzustimmen.

Die Gesamt-Wochenstundenzahl der Klassen eins bis zehn beträgt derzeit 283 Stunden. Mit Ausnahme der 49 Deutsch- und 16 Englischstunden erfolgen die übrigen 218 Unterrichtsstunden in dänischer Sprache.

Zum Vergleich: An den deutschen Schulen in Nordschleswig beträgt die Wochenstundenzahl der Klassen eins bis zehn maximal 306 Stunden. Nach Abzug der 44 Dänisch- und 19 Englischstunden verbleiben 243 Stunden in deutscher Unterrichtssprache.

Die 1. und 2. Klassen erhalten seit Schuljahr 1994/95 je sechs Deutsch- und je zwei Dänischstunden wöchentlich. Diese Regelung legte der Deutsche Schul- und Sprachverein für Nordschleswig, Apenrade, nach mehreren Untersuchungen zum

Thema Zweisprachigkeit und anfänglich eingeführten Spielstunden auf dänisch in der ersten Klassenstufe fest.

Nordschleswiger, 1.3.96

Nazi-Radio ging auf Sendung

KOPENHAGEN (dpa). Mit einer halbstündigen Sendung haben dänische Nazis in Kopenhagen erstmals Gebrauch von ihrem Recht auf Betrieb ihres Senders „Radio Oasen“ gemacht. Zuvor waren alle juristischen Anstrengungen zur Verhinderung des Senders fehlgeschlagen, weil es in Dänemark kein gesetzliches Verbot von Nazi-Propaganda gibt.

Flensburger Tageblatt, 1.3.1996